Lübecker Volksbote

Organ für die Intereſſen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erſcheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feſttagen) und iſt durch die Expedition, Johannisſtraße 46, und die Poſt zu beziehen. — Abonnementspreis, einſchließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.00 Mk., monatlich 70 Pfg.

Redaktion und Geſchäftsſtelle:
Johannisſtraße Nr. 46
Fernſprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die ſechsgeſpaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Verſammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inſerate für die nächſte Nummer müſſen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 282. Donnerstag, den 2. Dezember 1915. 22. Jahrg.

Die Einheit der Partei gefährdet?

Der am Dienstag zuſammengetretene Deutſche Reichstag hat, wenn er ſeine Aufgabe richtig begreift, als Sprachrohr der Volksſtimmung und beſonders als einziges Organ der öffentlichen Kritik zu wirken, ein gerüttelt Maß von Arbeit vor ſich. Ganz beſonders trifft das zu für die größte Fraktion des Reichsparlaments, die ſozialdemokratiſche, der ſchon aus alter Ueberlieferung die Aufgabe zufällt, die Meinung der breiten Volksmaſſen zum Ausdruck zu bringen.

Ihren Vorſchlägen, ihren Gründen, wird um ſo größeres Gewicht innewohnen, je geſchloſſener ihr Auftreten iſt. Es war bisher der Stolz der Sozialdemokratie und gleichzeitig eine Quelle ihrer parlamentariſchen Erfolge, daß ſie in allen wichtigen Fragen einig und geſchloſſen vorging. Getrennte Abſtimmung gehörte für die Reichstagsfraktion zu den Dingen, die nur in weniger wichtigen Fragen durch beſonderen Fraktionsbeſchluß als Ausnahme zugelaſſen wurde.

Soll das jetzt anders werden? Alle Welt blickt auf den Reichstag. Auch die deutſche Arbeiterſchaft, daheim und in den Schützengräben, erwartet von ihm eine kräftige Ausſprache über allerhand Geſchehniſſe, die berechtigten Unmut hervorgerufen haben. Niemand aber hat wohl damit gerechnet, daß die Welt das Schauſpiel eines Kampfes von Sozialdemokraten gegen Sozialdemokraten erleben könnte. Unſere Reichstagsfraktion iſt ſeit einigen Tagen verſammelt, um Stellung zu den vorliegenden Beratungsgegenſtänden zu nehmen. Welche Beſchlüſſe ſie faßt oder bereits gefaßt hat, wiſſen wir im Augenblick noch nicht. Wohl aber iſt bekannt, daß auch jetzt, wie immer eine Minderheit vorhanden ſein wird. Früher galt es als ſelbſtverſtändlich, daß die jeweilige Minderheit ſich der Mehrheit wenigſtens inſoweit unterordnete, daß ſie weder durch Rede noch durch Abſtimmung öffentlich gegen ſie demonſtrierte.

Seit Kriegsbeginn hat ſich darin leider bereits einiges geändert. Zu verſchiedenen Malen haben einige wenige Mitglieder der Fraktion offen gegen die Mehrheit ihrer Kollegen durch gegenteilige Abſtimmung demonſtriert. Und neuerdings wird ſogar in dem Wochenblatt der Partei, der „Neuen Zeit“ vom Genoſſen Karl Kautsky

offen die Trennung gefordert.

Das iſt eine folgenſchwere Aufforderung, beſonders da ſie von einem Genoſſen erhoben wird, der den Ruf des anerkannten Theoretikers der Partei genießt. In zwei Artikeln und einer Antwort in der „Neuen Zeit“ ſucht er die Notwendigkeit zu begründen, daß die bisherige Minderheit der Partei offen die Rednertribüne des Reichstags zur Darlegung ihrer von der Mehrheit der Fraktion abweichenden Anſicht ausſpreche.

Dieſer Vorſchlag hat in der „Neuen Zeit“ eine Antwort hervorgerufen, der an Deutlichkeit nichts mangelt. Der preußiſche Landtagsabgeordnete und Mitglied des Parteivorſtandes, Genoſſe Otto Braun, legt Verwahrung gegen die „Theorie der Parteiſpaltung“ ein. Wir geben ſeine Ausführungen — die die ſchon erwähnte Antwort Kautskys nach ſich zog — in ihren weſentlichen Teilen hier wieder, wobei bemerkt ſei, daß die Grundgedanken Kautskys bei Braun ausgiebig zitiert ſind. Genoſſe Braun ſchreibt:

Als das ſchreckliche Verhängnis über die Völker Europas hereinbrach, da erfüllte in der Partei wohl jeden nur ein Gedanke: Jetzt heißt es

alle Kräfte der Partei zuſammenhalten,

um das Parteiſchiff durch dieſen Sturm, den furchtbarſten, der es je umbrauſte, intakt hindurchzuſteuern und die Intereſſen der Arbeiterklaſſe auch in dieſer ſchweren Zeit, die über ſie hereinbrechen mußte, nach Möglichkeit zu wahren. Es erſchien uns allen als glatte Selbſtverſtändlichkeit, was wir in der Nr. 19 der „Neuen Zeit“ vom 21. Auguſt vorigen Jahres, S. 846 am Schluß eines Artikels laſen:

> Wir begreifen es wohl, wenn manchem dieſer oder jener Schritt unſrer Partei falſch erſcheint, aber noch weit falſcher, geradezu verhängnisvoll wäre es, aus irgendeiner Meinungsverſchiedenheit jetzt einen innern Zwieſpalt zu entfeſſeln. Auch in dieſer Beziehung hat die Waffe der Kritik jetzt zu ſchweigen. Diſziplin iſt im Kriege nicht nur für die Armeen, ſondern auch für die Partei das erſte Erfordernis. Hinter ihrer Praxis müſſen wir alle einmütiger, geſchloſſener ſtehen als je. Nicht Kritik, ſondern Vertrauen iſt jetzt die wichtigſte Bedingung unſeres Erfolges.

Und vorher heißt es in dem gleichen Artikel noch ganz zutreffend:

> Wir müſſen die Organiſationen und die Organe der Partei und der Gewerkſchaften intakt halten, ihre Mitglieder bewahren ebenſo vor Unvorſichtigkeiten wie vor feiger Fahnenflucht. Das iſt ja ſelbſtverſtändlich, und es gibt keinen Genoſſen, der nicht in dieſem Sinne handelte. . . . .

Es ſollte keinen Genoſſen geben, wird man heute richtiger ſagen.

Immerhin, wer ſtimmte dem Genoſſen Kautsky, der dieſe verſtändigen Worte geſchrieben hat, nicht voll und ganz zu.

Um ſo größeres Befremden muß es erregen, wenn derſelbe Genoſſe Kautsky nunmehr in dieſer Zeitſchrift die Berechtigung und Notwendigkeit einer Parteiſpaltung theoretiſch zu begründen verſucht.

In zwei Artikeln „Perſönliche Ueberzeugung und Parteidiſziplin“ und „Freiheit der Meinungsäußerung und Parteidiſziplin“ in Nr. 5 und 6 des laufenden Jahrgangs ſtellt Kautsky eine

Theorie der Parteiſpaltung

auf, wie ſie unzweideutiger und unverhüllter bisher wohl noch nicht dargelegt wurde. Um das nachzuweiſen, kann ich es mir ſparen, Kautsky auf den parteiphiloſophiſchen und parteihiſtoriſchen Umwegen zu folgen, die er einſchlägt, um zu dem von mir aufgezeigten Ziele zu gelangen. Das Ziel tritt klar zutage.

Kautsky kommt nämlich in ſeinen Artikeln zu dem Schluſſe, daß die Mitglieder der ſozialdemokratiſchen Reichstagsfraktion, die die bisherige Stellung der Fraktionsmehrheit zu den Kriegskrediten nicht billigen, im Plenum des Reichstags ſich von der Mehrheit trennen, dort vor den politiſchen Gegnern und vor aller Welt ihre Auffaſſung darlegen und im Sinne dieſer Auffaſſung ſich parlamentariſch betätigen ſollen. Alſo eine Spaltung der Fraktion in aller Form.

Eine Spaltung der Fraktion muß aber unabwendbar eine

Spaltung der Partei

nach ſich ziehen. Denn eine einheitliche geſchloſſene Partei mit zwei Fraktionen im Parlament iſt ein Unding.

Geradezu paradox klingt es aber, wenn Kautsky dieſe parlamentariſche Sonderaktion der Fraktionsminderheit empfiehlt als Mittel, „der auseinanderſtrebenden Elemente in der Partei Herr zu werden“. Den Reiz der Neuheit kann dieſes Einigungsmittel zweifellos für ſich in Anſpruch nehmen. Der Umſtand, daß es Kautsky in gelehrten Ausführungen im wiſſenſchaftlichen Organ der Partei als berechtigt und notwendig nachweiſt, ſcheint mir lediglich zu beweiſen, daß man wohl ein großer Theoretiker, ein in allen Zweigen der Wiſſenſchaft beſchlagener Gelehrter ſein kann und gleichwohl mit der Praxis des politiſchen Lebens und beſonders des Organiſationslebens nicht gerade übermäßig vertraut zu ſein braucht.

Kautsky legt in ſeinem Artikel zutreffend dar, daß Meinungsverſchiedenheiten über parteitaktiſche Fragen in der Partei nicht vor politiſchen Gegnern auszutragen ſind, das heißt nicht in der bürgerlichen Preſſe und vor allem auch nicht in den Parlamenten. Das Parlament iſt nun einmal mit ein Hauptkampfboden der Partei, auf dem ſie erfolgreich für das Proletariat nur wirken kann, wenn ſie geſchloſſen auftritt, ihren politiſchen

Gegnern eine geſchloſſene Phalanx entgegenſtellt.

Und je kritiſcher und ſchwieriger die Situation iſt, in der ſich die Partei befindet, um ſo notwendiger iſt ihre Geſchloſſenheit im parlamentariſchen Kampfe.

Das läßt Kautsky für normale Zeiten auch gelten. Die derzeitigen Verhältniſſe in der Partei ſollen aber eine Abweichung von dieſer erprobten Kampfnorm gerechtfertigt erſcheinen laſſen.

Und wie begründet er die Notwendigkeit dieſer Abweichung?

Hören wir ihn:

> Wie in ſo mancher andrer Beziehung hat auch hier der Krieg die Bedingungen unſrer Tätigkeit gänzlich umgewälzt. Er hat in unſrer Partei tiefgehende Verſchiedenheiten der Ueberzeugungen geſchaffen, gleichzeitig aber die Möglichkeit genommen, ſie in voller Freiheit zum Austrag zu bringen. Oder vielmehr, die heutige Fraktionsmehrheit iſt infolge von Ausnahmeverhältniſſen in der angenehmen Lage, ihren Standpunkt und ihre Auffaſſung und Kritik der Minderheit aufs ausgiebigſte vor der Oeffentlichkeit darzulegen. Die Minderheit dagegen ſieht ſich an Händen und Füßen gebunden . . . . .

Dann weiter:

> Durch die Fraktionsdiſziplin, die der Minderheit verbietet, im Reichstag zu reden, wird dieſe nun verhindert, überhaupt zu reden. Die Freiheit der Meinungsäußerung wird ihr dadurch auch von Partei wegen völlig unterbunden.
>
> Dieſen Mißſtand hat die Partei nicht gewollt und kann kein verſtändiges Mitglied der Mehrheit aufrechterhalten wollen. Dieſe hat nicht weniger als die Minderheit alle Urſache, auf ſeine Abſtellung hinzuwirken. Denn er kann nicht lange fortdauern, ohne die Partei in ihrem Funktionieren, ja in ihrem Zuſammenhang aufs ſchwerſte zu gefährden. Die Tätigkeit unſrer Partei hat zur unumgänglichen Vorausſetzung die Gleichberechtigung aller Mitglieder in ihren Meinungsäußerungen. Ihre Trennung in einen Teil, dem jegliche Möglichkeit freieſter Meinungsäußerung gegeben, und einen andern, dem jede derartige Möglichkeit abgeſchnitten iſt, muß auf die Dauer zu unerträglichen Zuſtänden führen.

Er legt dann dar, daß die Gegenſätze in der Partei eine Tiefe und eine Schärfe angenommen haben, wie ſie am 4. Auguſt vorigen Jahres noch niemand für möglich gehalten hätte, und ſchreibt weiter:

> Dieſe Gegenſätze zum Ausdruck zu bringen, wurde daher ſchließlich unvermeidlich. Und nicht immer unvermeidlich, daß ſie dort zum Ausdruck kamen, wo heute allein noch das politiſche Leben die Möglichkeit freier Entfaltung hat, wo aber auch die folgenſchwerſten Entſcheidungen fallen, im Reichstag. . . . .

Alſo, allein im Reichstag iſt für das politiſche Leben noch die Möglichkeit freier Entfaltung gegeben, ſonach muß die Partei auch dort ihre Differenzen austragen. Vorweg bemerkt: Selbſt wenn die Behauptung Kautskys über die Verſchiedenartigkeit in der Unterbindung der freien Meinungsäußerung in der Partei ſo richtig wäre, wie ſie falſch iſt, würde ich die von ihm begründete

abſonderliche Taktik für verderblich

halten. Das näher zu begründen erübrigt ſich indes, weil die Behauptung, die Anhänger der Fraktionsminderheit ſeien mundtot, könnten ihren Standpunkt in der Partei nicht vertreten, wohingegen der Fraktionsmehrheit jegliche Möglichkeit freieſter Meinungsäußerung gegeben ſei, einfach unrichtig iſt, keineswegs den Tatſachen entſpricht.

Und weil dem ſo iſt, iſt auch die ganze Begründung, auf die Kautsky ſeine neu konſtruierte Theorie der Parteiſpaltung ſtützt, hinfällig und gegenſtandslos.

Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit?

Durch die Verhältniſſe, die der Krieg gezeitigt hat, ſind alle Teile in der Partei mehr oder weniger in der freien Meinungsäußerung beſchränkt. Die Rückſicht auf die Situation, in der ſich Deutſchland infolge des Krieges befindet, wie die Zenſur ſetzen den Vertretern der Fraktionsmehrheit ebenſo wie der Oppoſition in der freien Vertretung und erſchöpfenden Begründung ihres Standpunktes gewiſſe Schranken. Freilich iſt nicht zu beſtreiten, daß die Oppoſition unter der Zenſur ſtärker leidet, aber es geht nicht an, ſie als völlig mundtot hinzuſtellen und den Anhängern der Fraktionsmehrheit die größte Freiheit der Meinungsäußerung anzudichten. Die angeblich mundtote Oppoſition hat doch in den verfloſſenen Kriegsmonaten mit ihrer Meinung wahrlich nicht hinter dem Berge gehalten. Man ſehe ſich daraufhin nur einmal die „Neue Zeit“ an. Beim flüchtigen Durchleſen der letzten 21 Hefte zähle ich, Fortſetzungen einzeln gezählt, etwa 46 Artikel, die mehr oder weniger zum Kriege Stellung nehmen, von Anhängern der „mundtoten“ Oppoſition und nur 14 Artikel von Anhängern der Fraktionsmehrheit, wobei ich die wirtſchaftlichen Ueberſichten von Cunow in der letzten Gruppe ſchon mitgezählt habe. Alſo ſo ganz mundtot iſt doch die Oppoſition nicht. Vielmehr iſt es Tatſache, und das muß auch Kautsky wiſſen, daß die Vertreter der Fraktionsminderheit in zahlloſen Verſammlungen und Sitzungen ihren Standpunkt erſchöpfend dargelegt haben, oft ſogar unter ſehr unſchönen und vergiftenden perſönlichen Ausfällen gegen die Vertreter der Mehrheit. Auch haben ſie in zahlreichen Schriften ihre Meinung rückhaltlos vertreten, Schriften, denen ſie die weiteſte Verbreitung in Parteikreiſen zu geben wußten. Vor kurzem erſt ſind mir zwei ſolcher Schriftchen als „Manuſkript zur Information“ gedruckt zu Geſicht gekommen, die dem Genoſſen Kautsky ſicher nicht unbekannt geblieben ſein können.

Gewiß, Beſchränkungen beſtehen, und die Partei kämpft ja auch fortdauernd einmütig gegen die politiſche Zenſur und die Unterbindung des Verſammlungslebens an. Sicher wäre die volle Freiheit der Meinungsäußerung, die jetzt weder für die Minderheit noch für die Mehrheit beſteht, allen Teilen in der Partei erwünſcht. Sie würde eine Klärung der Anſchauungen weſentlich erleichtern und

dem parteizerrüttenden Treiben

in kleinen Konventikeln und der Verbreitung verunglimpfender Pamphlete, die das Parteileben vergiften, den Boden entziehen.

Jedenfalls iſt es aber eine irreführende Uebertreibung, wenn behauptet wird, dadurch, daß die Fraktionsdiſziplin der Minderheit verbietet, im Reichstag zu reden, werde dieſe nun verhindert, überhaupt zu reden. Und mit dieſer den Tatſachen nicht entſprechenden Behauptung glaubt Kautsky ein ſeparates Vorgehen der Minderheit im Reichstag im voraus rechtfertigen zu können. Ich muß ſchon geſtehen: ein verfehlterer Rechtfertigungsverſuch iſt mir ſobald nicht vorgekommen. Man muß eben ſchon den Tatſachen etwas Gewalt antun, wenn man eine ſo verfehlte und unheilvolle Taktik, wie ſie Kautsky der Fraktionsminderheit empfiehlt, wiſſenſchaftlich begründen und als im Parteiintereſſe liegend nachweiſen will. . . .

. . . . Kautsky geht davon aus, daß es für die Genoſſen der Minderheit ein unerträglicher Zuſtand ſei, wenn ſie nicht für ihre Auffaſſung werben könnten, um die Mehrheit zu erlangen.

Für die Partei in ihrer Geſamtheit kommt das aber doch vorderhand gar nicht in Frage. Ueber die Hälfte der Genoſſen ſteht im Felde; ein Parteitag kann nicht ſtattfinden, alſo eine Stellungnahme der Geſamtpartei kann nicht erfolgen. Es kann alſo für die Genoſſen der Minderheit lediglich in Frage kommen, die Mehrheit in der Reichstagsfraktion zu erlangen. Das wird doch aber zweckmäßiger durch eine erſchöpfende Erörterung der Differenzen in der Fraktionsſitzung betrieben. Das Plenum des Parlaments ſcheint mir dazu der allerungeeignetſte Ort zu ſein. Dort kämpfen wir die Kämpfe mit unſern politiſchen Gegnern und nicht die Meinungsverſchiedenheiten unter uns aus.

Gewiß, es iſt ein großes Uebel, daß wir die letzteren jetzt nicht in voller Freiheit im Rahmen unſerer Organiſation auskämpfen können. Was aber Kautsky zur Beſeitigung dieſes unerfreulichen Zuſtandes vorſchlägt, iſt ein

noch viel größeres Uebel.

Wollten Fraktionsmitglieder ſo handeln, wie er es als gerechtfertigt nachzuweiſen ſich bemüht, ſo würden ſie nicht der Geſchloſſenheit und Einheit der Partei dienen, ſondern die verhängnisvollſte Parteizerrüttung fördern. Sie würden der Gruppe Liebknecht, Radek, Borchardt bei ihrem auf die Parteiſpaltung gerichteten Treiben geradezu Schrittmacherdienſte leiſten.

Kein Zweifel, die Partei iſt ein ſtarker widerſtandsfähiger Organismus, aber die von Kautsky empfohlene Doktor-Eiſenbahn-Kur zur Behebung eines vorübergehenden Leidens ſcheint mir doch über ihre Kraft zu gehen. Durch Anwendung dieſer Kur würde die Partei nicht die Freiheit der Meinungsäußerung erlangen und die auseinanderſtrebenden Elemente zuſammenführen, ſondern einen

Keil in ihre Organiſation

treiben, der den Riß, der unglücklicherweiſe jetzt durch ſie geht, nur erweitern müßte. Die Parteiſpaltung wäre die unausbleibliche Folge.

*

Soweit Braun. Wir hoffen, daß ſeine Mahnung zur Einigkeit auf fruchtbaren Boden gefallen iſt, und daß auch die bevorſtehenden Verhandlungen des Reichstags nicht der Welt das von manchen Kreiſen außerhalb der Partei erſehnte Schauſpiel bieten werden, daß in der Zeit des mehr oder weniger freiwilligen „Burgfriedens“ einzig die Sozialdemokraten unter ſich den heftigſten Krieg auskämpfen, der ſich denken läßt: den Bruderkrieg!

Von den Kriegsſchauplätzen.

Wir wir geſtern bereits berichteten, iſt bei der Einnahme von Prizren eine im ſerbiſchen Feldzug unerreicht daſtehende Kriegsbeute gemacht worden. Die große Anzahl der erbeuteten Gewehre und insbeſondere Automobile läßt wohl die Schlußfolgerung zu, daß die Serben dieſe Stadt urſprünglich als Ausgangspunkt der mit Hilfe der Alliierten einzuſetzenden Offenſivbewegung auserſehen hatten. Nun iſt alles anders gekommen. Einſam und verlaſſen iſt der ſerbiſche König mit dem ruſſiſchen Geſandten aus den Toren der Stadt hinausgeritten — keine Hoffnung blüht ihm vorläufig mehr. Ein tragiſches Geſchick! Nun wird noch um Monaſtir gekämpft; ein verzweifelt ringender Reſt der ſerbiſchen Armeee verſucht hier, das Letzte — die Möglichkeit des Rückzuges nach Albanien — zu retten. Gelingt den Bulgaren die Beſetzung des nordweſtlich von Monaſtir liegenden Ochrida-Gebietes, dann iſt den Serben die Verbindung nach Albanien abgeſchnitten. Und ſollten ſie wirklich entkommen, dann ſtoßen ſie auch in Albanien auf die Bulgaren, da dieſe bereits von Prizren aus die albaniſche Grenze überſchritten haben.

Griechenland macht der Entente weitere Sorgen. Wie die „Times“ aus Athen erfährt, erklärte die griechiſche Regierung in Beantwortung der Forderung des Vierverbandes, die griechiſchen Truppen aus dem von den Alliierten beſetzten Gebiet zurückzuziehen, daß ſie dies für unausführbar halte, weil dadurch andere Schwierigkeiten entſtehen.

Die rumäniſche Regierung will auch fernerhin neutral bleiben. Den auf eine Einmiſchung hinarbeitenden Hetzern, die in der Kammer auf dem Interpellationswege ihr Ziel erreichen wollen, wird ſie zunächſt keine Antwort geben.

Daß die Italiener bei ihrem Sturm auf Görz keinerlei nennenswerte Erfolge erzielt haben, wird nunmehr auch von einer unparteiiſchen, neutralen Seite, dem ſchweizeriſchen Major Tanner, beſtätigt. Derſelbe berichtet den „Basler Nachrichten“ aus Görz vom 29. November folgendes:

> „Die Tatſachen an der Iſonzofront übertreffen weit meine Erwartungen. Es iſt beinahe unfaßbar, nach einem großen italieniſchen Artilleriehagel und ſchwungvollen Infanterieſturm die Oeſterreicher noch in der oft ganz verſchütteten Stellung zu finden. Der Geiſt der Verteidiger iſt vom Schützengraben bis zum Armeekommandanten abſolut der gleiche: die eindrucksvollſte Zuverſicht. Ihre Unterſtützung findet dieſe Ruhe in der Kraft und Sicherheit einer Taktik des Zuſammenarbeitens von Artillerie und Infanterie, die jeder neuen Maßnahme des Angreifers prompt und wirkſam zu begegnen weiß. Die artilleriſtiſche und infanteriſtiſche Ueberlegenheit der Italiener iſt numeriſch bedeutend. Trotzdem behauptet die öſterreichiſche Artillerie ihre Stellung und die öſterreichiſche Infanterie weiſt Angriff um Angriff ab oder nimmt das Verlorene im Gegenſtoß wieder. Die Italiener ſind wohl ſchrittweiſe näher an die öſterreichiſche Verteidigungslinie herangekommen, haben auch den Verteidiger genötigt, da und dort die Frontlinie abzubiegen und an zwei Stellen den Italienern eroberten Boden zu laſſen; doch ſind dies — auch abgeſehen von dem italieniſchen Aufwand an Zeit, Munition und Menſchen, der ungeheure Totalverluſte ausmacht, — wirklich Kleinigkeiten. Alle dieſſeitigen Handlungen gelten dem ſtetigen Befeſtigung und Wiederaufbauen. Kein Menſch denkt an ein Weichen. Sollte das anſcheinend Unglaubliche eintreten, daß die erſte Linie irgendwo derart eingedrückt würde, daß die Oeſterreicher auf die zweite zurückgehen müßten, ſo würde wohl einfach der Tanz der letzten ſechs Monate, der ſich faſt mathematiſch genau immer an der gleichen öſterreichiſchen Verteidigungslinie abwickelte, in ähnlicher Weiſe von neuem beginnen. Die Entſcheidung zwiſchen den beiden erbitterten Gegnern ſcheint am Iſonzo in der Weiſe fallen zu wollen, daß die Italiener daran verbluten, ehe ſie auch nur einen politiſchen Erfolg für ihr ungeduldiges Hinterland erreicht haben werden. Um dieſe Zeit liegen die Oeſterreicher in den Trümmern von Oslavia und auf der Höhe davor. Der italieniſcherſeits gemeldete Abſtieg gegen den Iſonzo kann ſich nur auf die Hangteile bis zur bisherigen öſterreichiſchen Linie beziehen, da der ganze Görzer Brückenkopf nirgends durchbrochen iſt.“

Wenn dieſe Auslaſſungen der italieniſchen Kammer bei ihrem geſtrigen Zuſammentritt bekannt geworden ſind, dann haben ſie zweifellos recht abkühlend auf die kriegsbegeiſterten Elemente gewirkt.

Am 23. November ſprach Bernhard Shaw in London über das Thema „Diplomatie nach dem Kriege“. Er führte aus: „Das Ergebnis der engliſchen Diplomatie in den 10 Jahren von 1905 bis 1914 war die Beherrſchung der europäiſchen Lage durch Rußland. Durch die Mobilmachung einiger Armeekorps an der weſtlichen Grenze war Rußland imſtande, ganz Europa in ein Schlachthaus zu verwandeln. Das Ergebnis der deutſchen Diplomatie war folgendes: Als Deutſchland gegen Rußland und Frankreich — ſeine offenen Feinde — in den Krieg ging, fand es ſich zu ſeiner Ueberraſchung auch mit England, Japan und Italien im Kriege. Daß England in den Krieg verwickelt worden ſei, iſt die Schuld des engliſchen Volkes, einſchließlich der Linksliberalen und der Sozialiſten. Sie haben in den letzten Jahren ihre Pflicht vernachläſſigt. Es geſchah nichts, um aus der Scheindemokratie Englands eine wirkliche Demokratie zu machen und die Diplomatie zu beaufſichtigen. Der Krieg wird wohl früher oder ſpäter ein Ende nehmen, aber der Friede wird nur dann geſichert ſein, wenn Deutſchland, Frankreich und England ein feſtes Bündnis geſchloſſen haben.“

Zwei eigenartige Friedensſtimmen ſind in der konſervativen „Morning Poſt“ laut geworden. Der Abg. Terell ſchlägt in einer Zuſchrift an das Blatt die Bildung einer offiziellen Koalition der Oppoſition vor. Dieſe Oppoſition ſoll zwar die Regierung zu tatkräftiger Fortführung des Krieges antreiben, aber die Zuſchrift ſchließt: „Der Friede muß früher oder ſpäter kommen. Das Unterhaus wäre unter den gegenwärtigen Umſtänden genötigt, alle Friedensbedingungen anzunehmen, die die Regierung vorſchlüge. Es ſei daher wichtig, eine offizielle Oppoſition zu haben, die darauf beſtünde, daß es ein wirklicher Friede und kein Kompromiß würde, der durch deutſchfreundlichen Einfluß zuſtande käme.“ Die „Morning Poſt“ veröffentlicht außerdem einen Leitartikel, in dem ſie die Erörterung der Friedensbedingungen wünſcht; dann ſchreibt ſie darin:

„England hat ſchwer darunter gelitten, daß die Regierung in der Zeit des Friedens nicht für den Krieg vorgeſorgt hat. Es wird ſchlimmer zu leiden haben, wenn es in der Zeit des Krieges ſich nicht auf den Frieden vorbereitet. Die Nation müſſe beſtimmte Vorſtellungen darüber haben, wofür ſie kämpft und was das äußerſte Mindeſtmaß deſſen iſt, was ſie annehmen kann. Allerdings iſt es eine Vorbedingung, daß Deutſchland beſiegt iſt. Friedensverhandlungen ſind nicht denkbar, ſolange der Feind in Belgien, Rußland, Frankreich und Serbien bleibt. Das Blatt befürwortet die Erörterung der Friedensbedingungen mit den Alliierten und mit den Dominions, und ſchließt: Entweder ſolle Grey von ganzem Herzen für den Sieg kämpfen und dem Feind keine Zugeſtändniſſe machen, oder andern den Platz räumen.“

Offenbar befürchten die konſervativen Kreiſe Englands, daß die Regierung jetzt ſchon dem Abſchluß eines Friedens zuſtrebt, der ihren Intereſſen nicht entſpricht. Der Wunſch nach der Bekanntgabe der Kriegsziele und der Friedensbedingungen wird wohl von dem Beſtreben diktiert ſein, das Kabinett feſtzulegen und, bei einem ungünſtigen Ausgang des Krieges für den Uebergang der Regierung an die Konſervativen die erforderliche Stimmung im Volke zu machen.

*

Die Kriegslage.

Wien, 1. Dezember. Amtlich wird berichtet:

Ruſſiſcher Kriegsſchauplatz.

Keine beſonderen Ereigniſſe. — Bei den unter öſterreichiſch-ungariſchen Oberbefehl ſtehenden Streitkräften der Nordoſtfront wurden im Monat November an Gefangenen und Beute 78 Offiziere, 12096 Mann und 32 Maſchinengewehre eingebracht.

Italieniſcher Kriegsſchauplatz.

Der geſtrige Tag verlief an der Iſonzo-Front im allgemeinen ruhiger. Nur der Brückenkopf von Tolmein wurde wiederholt heftig angegriffen. Viele Vorſtöße des Feindes brachen an unſerer Front zuſammen. Heute nacht ſetzte ſtarkes Artilleriefeuer gegen den Nordhang des Monte San Michele ein. Gleichzeitig griffen die Italiener den Gipfel dieſes Berges an; wurden aber zurückgeſchlagen. Auch feindliche Angriffsverſuche im Raume von San Martino wurden abgewieſen.

Südöſtlicher Kriegsſchauplatz.

Unſere Truppen dringen umfaſſend gegen Plevlje vor. Eine Kolonne griff die Gradina-Höhe, ſüdöſtlich des Metalka-Paſſes, an. Eine andere erſtürmte in den Nachmittagsſtunden und nach Einbruch der Dunkelheit den von Montenegrinern zäh verteidigten Hochflächenrand 10 Kilometer nördlich von Plevlje.

Prizren wurde am 29. November mittags von den Bulgaren genommen. Die Armee des Generals von Köveß hat im November 40800 ſerbiſche Soldaten und 26006 Wehrfähige gefangen genommen, 179 Geſchütze und 12 Maſchinengewehre erbeutet.

Gegen Frankreich und Belgien.

Die Einberufung der Jahresklaſſe 1917 in der franzöſiſchen Kammer.

Laut „Matin“ begründete in der franzöſiſchen Kammer Turmel den radikal-ſozialiſtiſchen Gegenantrag zur Vorlage, betreffend die Einberufung der Jahresklaſſe 1917 und Auriol einen ebenſolchen der Sozialiſten, welche beide die Vertagung der Vorlage forderten. Beide Redner verlangten, daß, wenn man neue Mannſchaften brauche, man ſie aus den zahlloſen Drückebergern nehmen ſolle, deren Exiſtenz eine Schande wäre. Die Radikalſozialiſten zogen ihren Antrag unter Anſchluß an den ſozialiſtiſchen zurück. Trotz wiederholter Erklärungen von den Bänken der Antragſteller und der dringenden Aufforderung an den Kriegsminiſter, man wolle nur beſtimmte Erklärungen von der Regierung bezüglich der lex Dalbiez, gab Gallieni keinerlei Antwort. Der ſozialiſtiſche Antrag wurde mit 40 gegen 115 Stimmen abgelehnt.

Gegen Rußland.

Die Ruſſen melden Erfolge.

Der amtliche ruſſiſche Bericht vom 29. November beſagt: In der Gegend von Riga nahm das Artilleriefeuer ſtellenweiſe zu. An der Front Riga—Dünaburg keine Aenderung. Nordweſtlich von Dünaburg bei Illuxt und dem Dorfe Kaſimirſchki (5 Kilometer nördlich Illuxt) eröffneten die Deutſchen in der Nacht zum 28. November heftiges Artilleriefeuer gegen unſere Schützengräben und griffen an. In unſerem konzentriſchen Artillerie- und Gewehrfeuer gingen die Deutſchen in ihre Schützengräben zurück, wo ſie unter dem Feuer ihrer eigenen Batterien zu leiden hatten. Dieſe Lage benutzend, machten unſere Truppen ihrerſeits einen Gegenangriff durch den der Feind aus dem Gehöft Kaſimirſchki und dem Wäldchen weſtlich davon geworfen wurde. Teile unſerer Truppe drangen zu derſelben Zeit in Illuxt ein und beſetzten die ſüdliche Vorſtadt. Unter Ausnutzung des Erfolges beſetzten wir die beiden Kirchhöfe des Dorfes und einen Teil der deutſchen Schützengräben etwas ſüdlich davon. Der Kampf dauert unter Entwicklung des beiderſeitigen Artilleriefeuers fort.

Auf dem Reſt der Front von Dünaburg bis in die Gegend des Pripet iſt nichts zu melden. Südweſtlich von Pinſk machten unſere Streifkorps einen glänzenden Einbruch in die deutſchen Linien. In der Nacht zum 28. November erreichten ſie, ohne bemerkt zu werden, das Stabsquartier der 82. deutſchen Reſervediviſion im Gutshauſe von Nemel (25 Kilometer ſüdweſtlich von Pinſk) und griffen es unvermutet an. Mit Handgranaten und dem Bajonett machten wir die Wache nieder und nahmen zwei Generale, darunter den Diviſionskommandeur, drei Offiziere und einen Arzt gefangen. Nach dem Eintreffen einer deutſchen Hilfsabteilung von Gorynicze her (4 Kilometer weſtlich von Nemel) zog ſich unſer Streifkorps zurück. Die Gefangenen wurden in Sicherheit gebracht. Unſere Verluſte an Menſchen betragen eine Anzahl Verwundete und zwei Tote, darunter drei Offiziere verwundet und einer tot. Offiziere und Soldaten wetteiferten in Tapferkeit und Pflichtgefühl. Auf dem linken Styrufer wurde der Feind bei Kozlince und Czartorysk gezwungen, ſich nach dem Weſten zurückzuziehen. Auf der Kaukaſusfront keine Veränderung.

Gegen England.

Arbeiter und Kriegsfinanzen.

Am Mittwoch wurde in London eine große Arbeiter-Konferenz, an der 1000 Delegierte teilnahmen, die vier Millionen gewerkſchaftlich organiſierte Arbeiter vertraten, abgehalten. Die Konferenz befaßte ſich mit den Kriegsfinanzen. Die Miniſter Asquith und McKenna hielten Anſprachen.

Der Balkankrieg.

Der ſerbiſche Rückzug.

Athener Depeſchen des Londoner „Star“ beſtätigen die Meldung, wonach die ſerbiſche Armee das ſerbiſche Gebiet vollſtändig geräumt hat und auf drei Straßen nach Skutari, Durazzo und Südalbanien zurückflutet. Das ſchlechte Wetter behindert den Rückzug ſehr. Die Lage wird für die Reſte der ſerbiſchen Armee ſehr verhängnisvoll werden, wenn die Bulgaren erſt weiter angreifen werden.

*

Schwere Kämpfe bei Monaſtir.

Aus Monaſtir in Saloniki eingetroffene Flüchtlinge berichten von äußerſt ſchweren Kämpfen auf den Höhen von Monaſtir; der ſerbiſche Oberſt Vaſſitſch halte noch die letzten Verteidigungswerke der Stadt und ſei entſchloſſen, es bis zum Straßenkampf kommen zu laſſen. Etwa 40 ſerbiſche Deputierte ſind in Saloniki eingetroffen, darunter der Kammerpräſident; die übrigen Mitglieder der Kammer konnten die Stadt nicht mehr erreichen.

*

Zur Note Griechenlands

bringt die „Tribuna“ ein Telegramm aus Athen, wonach dort die Lage plötzlich ernſter geworden iſt. Dienstag habe Miniſterpräſident Skuludis den Geſandten des Vierverbandes die griechiſche Antwort auf die letzte Note überreicht und mit ihnen über die Fragen, die den Inhalt der augenblicklichen Unterhandlungen bilden, eine Beſprechung gehabt. Es ſcheine, daß ſich Skuludis über die guten Abſichten Griechenlands nicht ſehr entgegenkommend ausſprach, und erklärte, daß die Zurückziehung der griechiſchen Truppen von Saloniki und die vom Vierverband verlangte Ueberwachung der Küſtenzone Bedingungen wären, die die griechiſche Neutralität in Frage ſtellen und verletzen würden.

Das „Giornale d'Italia“ erfährt aus Athen, daß die griechiſche Regierung bereit iſt, den Forderungen des Vierverbandes entgegenzukommen, ſoweit ſie mit der Souveränität und Unabhängigkeit des Staates vereinbar ſind. Im Fall, daß die Forderungen gebieteriſch geäußert würden, würde die griechiſche Regierung einen modus vivendi erwägen, der ihre Pflichten als Nation und die durch die gegenwärtigen Umſtände aufgezwungene Lage in Einklang brächte.

Der Korreſpondent der „Rotterdamſchen Courant“ erfährt, daß die verſöhnliche Haltung Griechenlands auf die letzte Note der Ententemächte den Geſandten der Zentralmächte bereits vor Ueberreichung der Note bekannt war und daß ihnen erklärt worden war, der Inhalt der Antwort biete zu weiteren Beſorgniſſen keinen Anlaß. Griechenland könne aber unter den augenblicklichen Verhältniſſen nicht energiſch gegen die Entente vorgehen.

*

Die griechiſchen Truppen werden nicht zurückgezogen.

Die „Times“ erfährt aus Athen: In Beantwortung der Forderung des Verbandes, die griechiſchen Truppen aus dem von den Alliierten beſetzten Gebiete zurückzuziehen, erklärt die griechiſche Regierung, daß ſie dies für unausführbar hält, weil dadurch andere Schwierigkeiten entſtehen. Es wird auf die Einſetzung eines Ausſchuſſes von Sachverſtändigen gedrungen.

*

Rumäniens Stellung zu Rußland.

Der Korreſpondent des Peſter Lloyd beſtätigt aus zuverläſſiger Quelle, daß die rumäniſche Regierung in Petersburg zur Kenntnis brachte, daß Rumänien an ſeiner Neutralität feſthalte und eine Verletzung in keiner Form und keiner Weiſe dulden werde. Nach dieſer Quelle ſei Rumänien entſchloſſen, einem Durchgang ruſſiſcher Truppen mit bewaffneter Macht gegenüberzutreten.

Der Seekrieg.

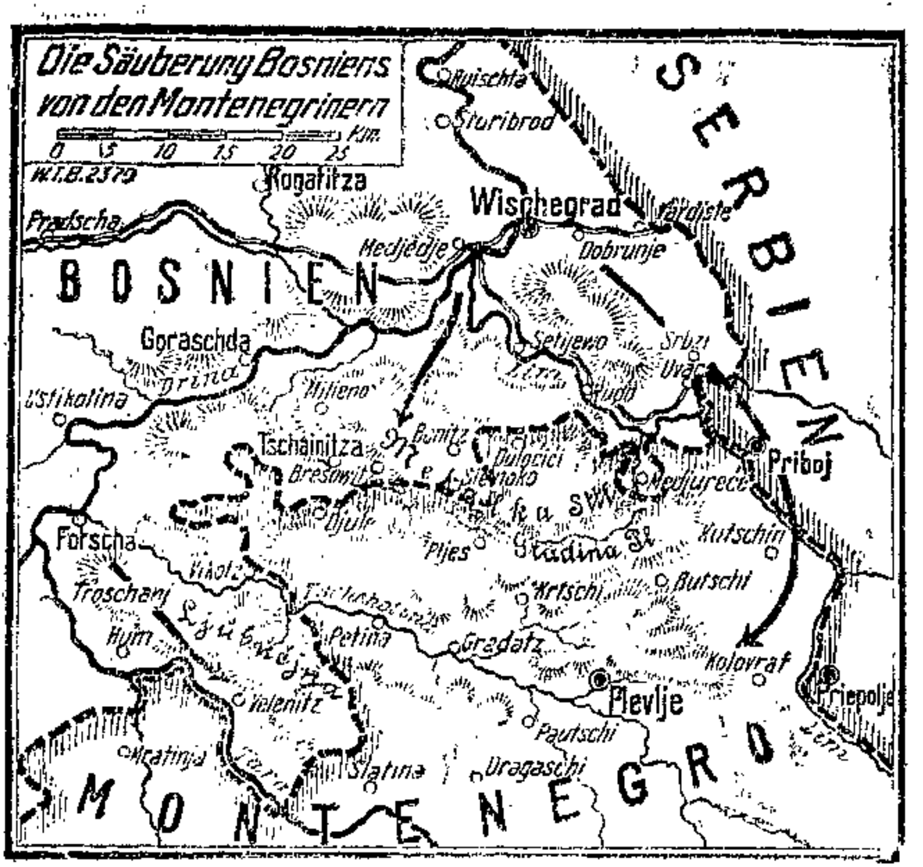
Verſenkter Dampfer.

Der britiſche Dampfer „Kingsway“ (3647 Tons wurde verſenkt. Der Kapitän und 21 Mann der Beſatzun ſind gelandet worden; ein anderes Boot mit 5 Perſonen wir vermißt.

Die Kämpfe im Orient.

Die Befeſtigung des Suez-Kanals.

Aus Athen wird der „B. Z.“ gedrahtet: Die Englän der arbeiten fieberhaft an der Befeſtigung des Suez-Kanal Engliſche und franzöſiſche Militäringenieure gebrauchen in de Sinai-Wüſte die ſchon in Flandern angewandte Method einzelne Teile der Ufergegend zu über ſchwemmen. Sie errichten ferner künſtliche Anhöhen mi Befeſtigungswerken, um den Anſturm abzuwehren.



Allerlei Kriegsnachrichten.

Schwerverwundeten-Austauſch mit Frankreich.

Am Mittwoch abend ging der erſte ſchweizeriſche Lazarettzug mit franzöſiſchen ſchwerverwundeten Kriegsgefangenen von Konſtanz nach Lyon ab. Am 3. Dezember trifft der erſte Zug mit deutſchen Schwerverwundeten in Konſtanz ein. Am 4. Dezember geht der zweite ſchweizeriſche Lazarettzug mit franzöſiſchen Schwerverwundeten nach Lyon ab.

*

Das neue engliſch-däniſche Handelsabkommen.

In dem Regierungsblatt „Politiken" wird das neue engliſch-däniſche Handelsabkommen beſprochen und dazu u. a. bemerkt: Man muß davon ausgehen, daß die jetzt abgeſchloſſenen Verhandlungen in mancher Hinſicht Klarheit geſchaffen haben. Eine andere Frage iſt aber, ob wir hier über das Abkommen in ſeiner Geſamtheit entzückt ſein können. Es bedeutet, um der Wahrheit entgegenzukommen, eine Einräumung von Rechten an England, das ſich jetzt ohne eigene Unbequemlichkeit die Kontrolle über unſere geſamte Ein- und Ausfuhr verſchafft hat, die es ſeit Kriegsbeginn erſtrebte. Trotz aller angewandten Maßregeln hatte ſich dieſe Kontrolle, die in verſchiedenſter Weiſe ausgeübt wurde, bisher nicht als wirkſam erwieſen. England hatte alſo augenſcheinlich ein Intereſſe an dieſer Regelung, die dagegen für Dänemark das geringſte von zwei Übeln bedeutet. Am liebſten hätten wir geſehen, daß ſich unſer Handel in freier Übereinſtimmung mit den bisher geltenden völkerrechtlichen Regeln vollzogen hätte; aber man muß ja mit wirklichen Verhältniſſen und Machtmitteln rechnen und anerkennen, daß, wie die Dinge in der Tat liegen, jetzt eine Regelung zuwege gebracht iſt, die man annehmen kann und die vermutlich erträgliche Zuſtände herbeiführen wird. Von mancher Seite werden Beſorgniſſe geäußert, daß die neue Regelung zu einer Art von Truſtſyſtem führen könnte, ähnlich wie ſie bald nach Beginn des Krieges in Holland eingeführt wurde. Bekanntlich haben wir uns bisher allen Wünſchen widerſetzt, einen gleichen Ein- und Ausfuhrtruſt zur Ueberwachung des geſamten Handels einzuführen. Es erſcheint wichtig, zu betonen, daß ein weſentlicher Unterſchied zwiſchen dem holländiſchen Warentruſt und der däniſchen Warenkontrolle beſteht. In Holland kann der einzelne Geſchäftsmann überhaupt nicht ſelbſtändig auftreten und Waren erhalten, alles geht durch den Truſt. Dagegen ſollen däniſche Geſchäftsfirmen trotz der Kontrolle durch das Börſenkomitee und den Induſtrierat doch jede für ſich Handelsfreiheit behalten und als ſelbſtändige Kontrahenten beſtehen bleiben, die Geſchäfte abſchließen und Waren erhalten. Wir betrachten dies als einen großen Vorteil.

*

Oeffentliche Brandmarkung des „Telegraaf".

In der holländiſchen Zweiten Kammer kritiſierte der Führer der chriſtlich-hiſtoriſchen Partei, Savornin-Lohmann, das Verhalten des Amſterdamer Blattes „Telegraaf" und erklärte, als anläßlich eines Zwiſchenrufes des Miniſters des Innern Cort van der Linden bemerkte, daß kein Geheimabkommen mit Deutſchland beſtehe, wie der „Telegraaf" fälſchlich behauptete, da müßten die Gerichte eingreifen; die Haltung, die der „Telegraaf" einnehme, ſei ſervil, heimtückiſch, feige und ſträflich.

*

Die kanadiſche Geſchoßerzeugung.

Die kanadiſche Munitionskommiſſion wurde reorganiſiert und wird zukünftig dem Milizminiſter unterſtehen. Augenblicklich ſind 320 Firmen an der Geſchoßerzeugung beteiligt und 100000 geſchulte Arbeiter am Werke.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 2. Dezember.

Die Verſammlung der Bürgerſchaft, die am Montag, dem 6. Dezember, abends 6 Uhr, ſtattfindet, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: I. Wahl des Geſchäftsvorſtandes. II. Ergänzungswahlen für den Bürgerausſchuß. III. Mitteilungen des Senates. IV. Anträge des Senates: 1. Errichtung einer Kaimauer an der Vorſtadtſeite des zweiten äußeren Hafens gegenüber der Wallhalbinſel. 2. Haushaltsplan, betreffend den Elbe-Trave-Kanal, für das Rechnungsjahr 1916. 3. Erlaß eines Geſetzes, betreffend die Aufſtellung und Durchführung des Haushaltsplanes u. w. d. a. V. Antrag von Hoff (dem Bürgerausſchuß zur näheren Erwägung überwieſen und nicht an den Senat gebracht): Die Bürgerſchaft erſucht den Senat, baldigſt eine Erhöhung der Unterſtützungsſätze für die Familien in den Dienſt getretener Mannſchaften eintreten zu laſſen. VI. Antrag von Böbs: Die Bürgerſchaft erſucht den Senat, ihr baldigſt eine Vorlage entgegenzubringen, nach der 1. zum Schutze des Seetempels direkt am Steilufer eine maſſive Schutzmauer ausgeführt werde in ähnlicher Bauart, wie im Kommiſſionsbericht 1914 Nr. XXX näher beſchrieben, 2. ebendaſelbſt eine oder mehrere Buhnen zur Strandbildung errichtet werden.

Milchverſorgung. Auf Grund der Verordnung des Polizeiamts vom 30. November 1915 wird vom 13. Dezember 1915 eine vorzugsweiſe Verſorgung der Kinder, Kranken und ſtillenden Frauen mit Vollmilch erfolgen. Zu dieſem Behufe werden vom Ausſchuß für Kriegshilfe, Dankwartsgrube 20, Milchkarten ausgegeben. Die Regelung iſt ſo gedacht, daß nicht ſämtliche in Betracht kommenden Perſonen dieſe Verſorgung in Anſpruch nehmen, ſondern nur diejenigen, denen es bisher nicht möglich geweſen iſt, die für Kinder, Kranke und ſtillende Frauen notwendige Milchmenge im freien Handel zu erhalten. Es wird alſo erwartet, daß dieſe Verſorgungsregelung erſt dann in Anſpruch genommen wird, wenn der Milchbezug durch den freien Handel auf Schwierigkeiten ſtößt, deshalb werden auch ſpätere Anmeldungen von dem Ausſchuß für Kriegshilfe berückſichtigt werden.

Kleidung und Schuhe für die Kinder. Regen und Schnee! Wie viele Mütter ſeufzen heute, wenn ſie ſehen, wie der Himmel dunkler und dunkler wird und ſchließlich Regen oder Schnee fällt. Sonſt machte ihnen das nichts. Was ſchaden ein paar Tropfen. Wir ſind ja nicht von Zucker und brauchen nicht zu fürchten, daß wir ſchmelzen, ſo wurden die Kinder aufgemuntert, wenn ſie ein wenig waſſerſcheu waren und lieber zu Hauſe bleiben wollten.

Ja, früher, aber jetzt iſt das alles anders, jetzt fehlen die heiteren Worte. Auch daran iſt der Krieg mit ſeinen Begleiterſcheinungen ſchuld. Die Mütter müſſen darauf achten, daß die Kleidungsſtücke, die noch vorhanden ſind, möglichſt lange halten, und das dünne Zeug iſt ſo durchläſſig. Im Nu ſind die Kinder bis auf die Haut durchnäßt; am teuren Heizmaterial wird geſpart, ſo können ſie ſich nicht raſch trocknen, und eine heftige Erkältung iſt da, ehe man ſich's verſieht. Noch ſchlimmer ſteht es mit den Schuhen. Die Preiſe für Leder ſind enorm hoch, daß Kriegerfrauen von ihrer Unterſtützung nicht auch noch alle paar Wochen ein Paar Sohlen bezahlen können. Die Kinder laufen mit zerriſſenen Stiefeln herum, ſie kommen mit naſſen Füßen in die Schule, fangen an zu frieren, folgen dem Unterricht nicht mehr und ſind bald ſchwer erkältet. Der Mutter werden Vorwürfe gemacht — aber woher ſoll die Frau das Geld für die Stiefelſohlen nehmen? Die Unterſtützungsgelder reichen kaum zum Leben. Ja, wenn wir normale Schuhpreiſe hätten, dann würden bei ſparſamſter Wirtſchaftsführung doch vielleicht hier und da ein Paar Schuhe beſohlt oder neu angeſchafft werden können. Aber ſo — es bleibt den Müttern eben nur die Wahl, entweder ihr Kind bei naſſem Wetter vom Schulbeſuch fernzuhalten, oder die Augen davor zu verſchließen, daß die Geſundheit des Kindes durch mangelhafte Kleidung bei ungünſtiger Witterung ſtark gefährdet iſt.

In der Tat hört man ſchon Frauen erklären, daß ſie die Kinder nicht zur Schule ſchicken wollen, wenn ſchlechtes Wetter iſt. Dann wird es Schulſtrafen geben und manche Träne bei den Kindern wie bei den Müttern koſten. Und doch ſind ſie ſchuldlos.

Eine Frau, die ihr Kind lieb hat, kommt in einen ſchweren Konflikt, wenn ſie entſcheiden muß, ob das Kind den Unterricht verſäumen oder eventuell ſich eine Krankheit holen ſoll, und wir vermögen nicht die Mutter zu tadeln, der die Geſundheit des Kindes höher ſteht, als ſelbſt der Unterricht.

Will der Staat auch in dieſer Zeit den Schulzwang durchführen, und das iſt natürlich notwendig, ſo muß er auch den Eltern die Möglichkeit geben, ihre Kinder zur Schule zu ſchicken. Dazu gehört jetzt nicht nur Unentgeltlichkeit der Schule und Lernmittelfreiheit, ſondern auch Feſtſetzung von billigen Preiſen für Schuhe und Kleidung und in den Fällen großer Bedürftigkeit freie Lieferung vor allem von Schuhzeug.

Wie dringend das Bedürfnis nach Schuhen bei den Kriegerfamilien iſt, beweiſt die Tatſache, daß in einer Groß-Berliner Hilfsſtelle, die aus beſonders geſammelten Geldern für 300 Mk. Kinderſchuhe angeſchafft hatte, dieſes kleine Lager in wenigen Tagen an die Bedürftigſten ausgegeben war, und daß noch immer geholfen werden müßte, wenn nur alle verſorgt werden ſollten, die wirklich nicht die Mittel haben.

Das ſtellvertretende Generalkommando des 9. Armeekorps erläßt folgende Anordnungen:

Verbot von Flugblättern gegen das ſtaatlich anerkannte Heilverfahren. Der Druck und Vertrieb von Flugblättern, in denen die ärztlich wiſſenſchaftlichen Beſtrebungen oder das ſtaatlich anerkannte Heilverfahren in herabwürdigender Weiſe bekämpft wird, iſt verboten. Wer das Verbot übertritt oder zu ſolcher Uebertretung auffordert oder anreizt, wird, wenn die beſtehenden Geſetze keine höhere Freiheitsſtrafe beſtimmen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre beſtraft.

Verbot des unbefugten Anlegens militäriſcher Uniformen uſw. Auf Grund des § 9b des Geſetzes über den Belagerungszuſtand wird das unbefugte Anlegen militäriſcher Uniformen oder von Kriegsauszeichnungen, von Orden und Ehrenzeichen überhaupt, ſowie die unberechtigte Annahme militäriſcher Titel im Intereſſe der öffentlichen Sicherheit verboten. Zuwiderhandlungen werden, wenn die beſtehenden Geſetze keine höhere Freiheitsſtrafe beſtimmen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre beſtraft.

Eine Bekanntmachung iſt erſchienen, die ſich mit der Beſchlagnahme, Veräußerung und Verarbeitung von wollenen und halbwollenen Wirk- und Strickwarenlumpen und von wollenen und halbwollenen Abfällen der Wirk- und Strickwarenherſtellung befaßt. Nach dieſer Bekanntmachung ſind alle wollenen und halbwollenen Lumpen und Abfälle in jeder Miſchung und Farbe beſchlagnahmt, die im Beſitz von Perſonen ſind, die ſich mit dem Handel oder der Verwendung von wollenen und halbwollenen Lumpen und Abfällen gewerbsmäßig befaſſen. Der Verkauf der beſchlagnahmten Lumpen und Abfälle bleibt aber weiter zuläſſig zu Heeres- oder Marinezwecken. Als ein derartiger erlaubter Verkauf iſt die unmittelbare oder mittelbare Veräußerung an beſtimmte Sortierbetriebe anzuſehen, die von der Kriegswollbedarf-Aktiengeſellſchaft in Berlin mit dem Ankauf für die Zwecke der Heeres- und Marineverwaltung beauftragt ſind, und deren Liſte von der Kriegs-Rohſtoff-Abteilung des Preußiſchen Kriegsminiſteriums veröffentlicht wird und auch von dort angefordert werden kann.

Ohne Rückſicht auf die Beſchlagnahme iſt das Sortieren von Lumpen erlaubt und durchaus erwünſcht. Lumpen und Abfälle, die vor Inkrafttreten der Bekanntmachung bereits gewolft waren, dürfen weiter verarbeitet werden. Ebenſo iſt die Verwendung und Verarbeitung zur Herſtellung ſolcher Ganz- und Halberzeugniſſe zuläſſig, deren Anfertigung unmittelbar von dem Preußiſchen Kriegsminiſterium, dem Reichsmarineamt, dem Bekleidungs-Beſchaffungsamt, durch Vermittelung der Kriegswollbedarf-Aktiengeſellſchaft oder des Kriegs-Garn- und -Tuch-Verbandes in Berlin veranlaßt iſt.

Der genaue Wortlaut der Bekanntmachung, die mit dem Beginn des 1. Dezember 1915 in Kraft getreten iſt, kann bei den Polizeibehörden eingeſehen werden.

Ueber Fahrpreisermäßigung für Kriegsbeſchädigte

bringt der Verkehrsanzeiger der preußiſchen Staatsbahnverwaltung folgende neue Beſtimmungen: Kriegsteilnehmer, die eine Verletzung oder dauernde Schädigung ihrer Geſundheit erlitten haben und in die Fürſorge einer öffentlichen oder behördlich anerkannten Organiſation für Kriegsbeſchädigte aufgenommen ſind, werden bei Reiſen zur Behandlung durch Fachärzte ſowie zur Unterbringung in Heil- oder Ausbildungsanſtalten oder zum Beſuch in Kurorten oder Ausbildungslehrgängen für Kriegsbeſchädigte in der 2. und 3. Klaſſe zum halben Preiſe, in Schnellzügen außerdem gegen tarifmäßigen Zuſchlag befördert, und zwar zur Hinfahrt von dem Wohnort oder Aufenthaltsort des Kriegsbeſchädigten zum Facharzt, nach Heil- und Ausbildungsanſtalten uſw., nötigenfalls vom Wohnort des Facharztes zur Weiterfahrt nach ſolchen, ferner zur Rückfahrt vom Facharzt, von Heil- und Ausbildungsanſtalten uſw. unmittelbar nach dem Wohn- oder Aufenthaltsort des Kriegsbeſchädigten. Im Falle nochmaliger Unterſuchung durch den Facharzt nach Aufenthalt in Heil- und Ausbildungsanſtalten auch zunächſt nach deſſen Wohnort. Sofern der Kriegsbeſchädigte eines Begleiters bedarf, wird dieſem für die Hin- und Rückfahrt die gleiche Ermäßigung gewährt. Die Fahrkarten zum halben Fahrpreis werden von den Fahrkartenausgaben auf Grund von Ausweiſen nach vorgeſchriebenem Muſter verabfolgt. In dringenden Fällen werden Ausweiſe anderer Art zugelaſſen. Bei Beförderung in beſonderem Krankenabteil uſw. wird die Fahrpreisermäßigung nicht gewährt.

Kriegsverſorgung geſchiedener Ehefrauen. Nach dem Militärhinterbliebenen-Geſetz ſteht geſchiedenen Ehefrauen kein Anſpruch auf Verſorgung aus Anlaß des Todes des früheren Ehemannes zu. Das iſt ein Unrecht in den Fällen, in denen die Ehe des Verſchuldens des Verſtorbenen wegen geſchieden war und dieſer der bisherigen Ehefrau der Vorſchrift des § 1578 BGB. entſprechend Unterhalt zu gewähren hatte. Dem vom Reichstag bei der vorletzten Tagung geäußerten Wunſch entſprechend, hat jetzt das preußiſche Kriegsminiſterium beſtimmt, daß ſolchen Ehefrauen bis zur geſetzlichen Regelung dieſer Frage eine einmalige Zuwendung gewährt werden kann. Anträge ſind bei der Polizeibehörde zu ſtellen.

Kriegsbilder aus Belgien und Nordfrankreich wurden am Mittwoch abend auf Veranlaſſung des Kaufmänniſchen Vereins Concordia im Marmorſaal vorgeführt. Redner war Dr. Paul Grabein aus Düſſeldorf, der als Adjutant im freiwilligen Automobilkorps den Gang der Ereigniſſe ſelbſt miterlebt hat. Eine Unmenge Ausſchnitte aus der Tätigkeit der Autofahrer, ihrer ſchwierigen und aufopferungsvollen Arbeit auf dem Kriegsſchauplatz der Weſtfront wurde auf der Leinwand feſtgehalten und mit erläuternden Worten belebt. Mehr noch als Worte es vermögen ſprachen die Bilder von der Zerſtörungskraft neuzeitlicher Geſchütze. Trümmerſtätten, Steinhaufen dort, wo früher Menſchen friedlicher Arbeit nachgingen, überall auf dem Wege, den Freund und Feind gezogen, wo der Schrecken des Krieges gewütet hat. Landſchaftsbilder, Schützengräben, künſtliche Wohnungen von Mannſchaften und Offizieren, die ſich zum Teil und hauptſächlich für letztere als annehmbare Naturvillen darboten. Das vom Photographen Zuſammengetragene hinterläßt ein Geſamtbild, das den Wahn vom friſch-fröhlichen Krieg bei denen, die ihn in der Heimat noch hatten, endgültig zerſtört. Der Vortragende gab ſich alle Mühe, ſachlich das Eigenerlebte zu ſchildern, doch konnte er es nicht verbeißen, „in Anbetracht der Verwandtſchaft des belgiſchen Landes" der Sehnſucht einer „Annäherung" das Wort zu reden. Dr. Grabein hält den Franzoſen durchaus nicht für einen degenerierten Menſchen. Allzuviel echtes Empfinden ſei der franzöſiſchen Bevölkerung im beſetzten Gebiet auch nicht zuzutrauen, obwohl hundertfache freundſchaftliche Beweiſe im Verkehr mit den deutſchen Truppen vorlägen.

Die diesjährigen Herbſtkontrollverſammlungen für das Gebiet der Freien und Hanſeſtadt Lübeck finden ſtatt: In Lübeck Großer Exerzierplatz neben der Kaſerne Fackenburger Allee. 1. Am Sonnabend, dem 4. Dezember, vormittags 8 Uhr für ſämtliche Reſerviſten, Landwehrleute I. und II. Aufgebots und Erſatzreſerviſten der Infanterie, für ſämtliche zur Dispoſition der Erſatzbehörden entlaſſenen Mannſchaften und für ſämtliche Marine-Mannſchaften der Reſerve, Seewehr I. und II. Aufgebots und Erſatzreſerviſten.

2. Am Sonnabend, dem 4. Dezember, vormittags 10 Uhr für ſämtliche Reſerviſten, Landwehrleute I. und II. Aufgebots der Garde und Spezialwaffen ſowie für ſämtliche Erſatzreſerviſten der Spezialwaffen.

3. Am Sonnabend, dem 4. Dezember, mittags 12 Uhr für ſämtliche Mannſchaften des ausgebildeten Landſturms aller Waffengattungen einſchließlich Marine, die in den Jahren 1869 bis 1871 geboren ſind.

4. Am Sonnabend, dem 4. Dezember, nachmittags 3 Uhr für ſämtliche Mannſchaften des ausgebildeten Landſturms aller Waffengattungen einſchl. Marine, die in den Jahren 1872—1877 geboren ſind.

5. Am Montag, dem 6. Dezember, vormittags 8 Uhr für ſämtliche Mannſchaften des unausgebildeten Landſturms der Jahresklaſſe 1896.

6. Am Montag, dem 6. Dezember, vormittags 10 Uhr für ſämtliche Mannſchaften des unausgebildeten Landſturms der Jahresklaſſen 1895—1888.

7. Am Montag, dem 6. Dezember, mittags 12 Uhr für ſämtliche Mannſchaften des unausgebildeten Landſturms der Jahresklaſſen 1887—1880.

8. Am Montag, dem 6. Dezember, nachmittags 3 Uhr für ſämtliche Mannſchaften des unausgebildeten Landſturms der Jahresklaſſen 1879—1876.

9. Am Dienstag, dem 7. Dezember, vormittags 8 Uhr für ſämtliche Mannſchaften des unausgebildeten Landſturms der Jahresklaſſen 1875—1873.

10. Am Dienstag, dem 7. Dezember, vormittags 10 Uhr für ſämtliche Mannſchaften des unausgebildeten Landſturms der Jahresklaſſen 1872—1869.

11. Am Dienstag, dem 7. Dezember, mittags 12 Uhr für ſämtliche bei der Muſterung der Untauglichen ausgehobenen ehem. gedienten Mannſchaften.

12. Am Dienstag, dem 7. Dezember, nachmittags 3 Uhr für ſämtliche bei der Muſterung der Untauglichen ausgehobenen unausgebildeten Landſturmpflichtigen der Jahresklaſſen 1876 bis 1879.

13. Am Mittwoch, dem 8. Dezember, vormittags 8 Uhr für ſämtliche bei der Muſterung der Untauglichen ausgehobenen unausgebildeten Landſturmpflichtigen der Jahresklaſſen 1880 bis 1884.

14. Am Mittwoch, dem 8. Dezember, vormittags 10 Uhr für ſämtliche bei der Muſterung der Untauglichen ausgehobenen unausgebildeten Landſturmpflichtigen der Jahresklaſſen 1885 bis 1889.

15. Am Mittwoch, dem 8. Dezember, mittags 12 Uhr für ſämtliche bei der Muſterung der Untauglichen ausgehobenen unausgebildeten Landſturmpflichtigen der Jahresklaſſen 1890 bis 1895.

16. Am Mittwoch, dem 8. Dezember, nachmittags 3 Uhr für ſämtliche dem Heere oder der Marine angehörenden Perſonen, die ſich zur Erholung, wegen Krankheit oder aus anderen Gründen auf Urlaub befinden und ſoweit marſchfähig ſind, daß ſie den Kontrollplatz erreichen können.

Bedarfsnachweis und Zuweiſung von Metallrohſtoffen. Für diejenigen Firmen, die für Kriegslieferungen in Frage kommen, iſt für ihren Bedarfsnachweis und Zuweiſung von Metallrohſtoffen ein neuer Vordruck herausgegeben worden, der in der Kanzlei der Handelskammer für Intereſſenten zur Einſichtnahme ausliegt. Zu beziehen ſind dieſe Vordrucke von der Firma H. S. Hermann, Berlin, Beuthſtraße.

Der Verein für deutſche Frauenkleidung und Frauenkultur veranſtaltete geſtern abend im Logenſaal in der St. Annenſtraße eine Kleiderſchau, in welcher beſonders Frauenkleider, die in einer Anzahl größerer deutſcher Städte entworfen und angefertigt ſind, zur Vorführung gelangten und reges Intereſſe fanden. Heute abend iſt die Schau dem Publikum gegen Entrichtung eines Eintrittsgeldes noch zugänglich.

Handelsregiſter. Am 30. November 1915 iſt eingetragen bei der offenen Handelsgeſellſchaft in Firma Haſſelfeldt u. Hainbach, Lübeck: Der Ehefrau Irma Hainbach geb. Thoms in Lübeck iſt Prokura erteilt. — Am 1. Dezember 1915 iſt eingetragen: 1. bei der Firma Adlerdrogerie Emil Hahn J. Moll Nachfg., Lübeck: Der Ehefrau H. Hahn geb. Karl in Lübeck iſt Prokura erteilt; 2. bei der Firma Robert Speckmann, Lübeck: Die Firma iſt erloſchen.

Kiel. Übernahme der Gaardener Gasanſtalt durch die Stadt. In der am Dienstag mittag im Geſchäftsgebäude der Kieler Bank abgehaltenen außerordentlichen Hauptverſammlung der Gasanſtalt Gaarden A.-G. wurde der Vertrag mit der Stadt Kiel über die Abtretung der Nutzungsrechte einstimmig angenommen. In der Versammlung waren von 1500 Stimmen 1016 vertreten.

Tondern. Zwei Kinder erstickt. In Börlund hatte die Frau des Arbeiters Jakobsen sich auf eine Zeitlang aus ihrer Wohnung entfernt und ihre beiden kleinen Kinder ohne Aufsicht zurückgelassen. Unvorsichtigerweise hatte sie Wäsche am geheizten Ofen zum Trocknen aufgehängt. Diese muß während ihrer Abwesenheit in Brand geraten sein. Als die Frau zurückkehrte, fand sie die Stube voll von dickem Qualm. Ihre beiden Kleinen hatten einen elenden Erstickungstod gefunden.

Bremen. Ersatzwahl zur Bürgerschaft. An Stelle des verstorbenen Genossen Imwolde, der von 1900 bis zu seinem Tode im August 1915 ununterbrochen der Bremischen Bürgerschaft angehörte, wurde Genosse Bernhard Rieke gewählt. Er erhielt alle abgegebenen Stimmen. Die Bürgerlichen wahrten den Burgfrieden und beteiligten sich nicht an der Wahl. Genosse Rieke ist auch Mitglied des Bremischen Kreistages, der Vertretung für das Landgebiet.

Theater und Musik.

Im Stadttheater führte man gestern abend die Diebskomödie „Der Biberpelz“ auf und bereitete damit dem nicht sehr zahlreich erschienenen Publikum einige recht unterhaltsame Stunden. Die Komödie gehört zu den besten Werken Hauptmanns, der darin soziale Probleme satirisch und humoristisch behandelt. Auf der einen Seite steht die immer fleißige und ehrbare Waschfrau Wolff, die selbst stiehlt wie ein Rabe und obendrein ihren Mann zum Wildern anstiftet, aber darin nichts Schlimmes findet. Sie will nur, daß sie in bessere Verhältnisse kommt und ihre Kinder gebildet werden. Ihre Anschauungen bringt sie in einer Auseinandersetzung mit ihrem Mann, der nur zögernd die krummen Wege wandelt, wie folgt zum Ausdruck: „Hier hat kee Mensch von stehl'n geredt. Wer halt nich wagt, der gewinnt ooch nich. Un wenn de erscht reich bist, Julian, und kannst in der Eklipage sitzen, da fragt dich kee Mensch, wo de's her hast. Ja, wenn ma's von armen Leiten nähme! Aber wennn mer nu wirklich — und gingen zu Kriegern und lad'ten de zwee Meter Holz uff a Schlitten und stellten se drum bei uns in a Schuppen, da sein de Leit noch lange nich ärmer.“ Was sie durch Arbeit nicht erwerben kann, nimmt sie sich eben auf andere Weise von Leuten, die es entbehren können. Was ist denn weiter dabei? meint sie als etwas ganz Selbstverständliches. Dieser vollsaftigen Gestalt stellt der Dichter den Amtsvorsteher mit dem Monokel gegenüber, der sich selbst für einen kleinen König hält, und in seiner Borniertheit und seinem Bestreben, „staatserhaltend“ zu wirken, gar nicht bemerkt, wie ihm alle auf der Nase tanzen. Die verschiedenen Charaktere sind vom Dichter mit prächtiger Natürlichkeit gezeichnet, das Ganze bis in alle kleinen Einzelheiten frisch und lebendig gestaltet. Nur der Schluß, der keiner ist, enttäuscht. Die gestrige Wiedergabe wurde in der Hauptsache dem Werk gerecht. Frau v. Seemen war eine [illegible] nur sollte sie sich vor gelegentlichen Uebertreibungen hüten. Herr Janson gab den schnarrenden Amtsvorsteher auch äußerlich als Strohkopf. Gut gesehene Typen boten die Herren Schweisguth als Schiffer Wulkow, Wiegner als Julian und Stengel als Krüger. Herr Deutschländer hätte besser getan, den Moses als Leisetreter, denn als Flegel zu spielen. Die Komödie fand eine sehr dankbare Aufnahme. P. L.

Neueste Nachrichten.

Die Kriegslage.

WTB. Großes Hauptquartier, 2. Dezbr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Außer Artillerie- und Minenkämpfen an verschiedenen Stellen der Front keine besonderen Ereignisse. Nordwestlich von St. Quentin fiel ein durch Motorschaden niedergegangener Doppeldecker mit 2 englischen Offizieren in unsere Hand.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Die Schilderung im russischen Tagesbericht vom 29. November über Kämpfe bei Illuxt-Kazimirski ist frei erfunden.

Bei der Armee des Generals Grafen v. Bothmer wurden vorgehende schwache Abteilungen der Russen von den Vorposten abgewiesen.

Balkankriegsschauplatz.

Westlich des Lim wurde Boljanic-Plevlje und Jabuka besetzt. Südwestlich von Mitrovica wurden 4000 Gefangene und 2 Geschütze eingebracht.

Oberste Heeresleitung.

Lugano, den 1. Dezember. Wie vorauszusehen war, wurde die Kammersitzung durch mehrfache nationalistische Kundgebungen eingeleitet und begleitet. Zunächst sprach der Kammerpräsident Marcora. Er feierte den König mit pathetischen Worten. Während die große Mehrheit der Kammer sich erhob und Beifall spendete, blieben die Sozialisten, in deren Reihen der Ruf „Hoch die Republik!“ erscholl, sitzen. Die Mehrheit protestierte mit dem [illegible] den!“ Alsdann sprach Sonnino, indem er zuerst die diplomatische Lage darlegte und dann mitteilte, daß auch Italien den Londoner Vertrag unterschrieb. Verschiedene Zwischenrufe und Proteste der Sozialisten wurden stets von der Mehrheit niedergeschrien, die die Sozialisten durchaus nicht zu Worte kommen ließ. Sonninos Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Soziales.

Der deutsche Arbeitsmarkt im Oktober. Nach den Zusammenstellungen, die im November-Heft des „Arbeitsmarkt“ veröffentlicht werden, war auch im Oktober 1915 die Lage der deutschen Industrie nicht wesentlich anders, als in den vorhergehenden Monaten. Abgesehen von der Textilindustrie und dem Baugewerbe darf der Geschäftsgang in Anbetracht der durch den Krieg geschaffenen Schwierigkeiten im allgemeinen als befriedigend bezeichnet werden. Die Krankenkassen hatten am 1. November 1915 gegenüber dem 1. Oktober eine Abnahme der männlichen Mitglieder um 76 691 oder 1,69 v. H.; die Zahl der weiblichen Beschäftigten stieg in den Krankenkassen dagegen um 66 948 oder 1,84 v. H. Die Gesamtzahl der Beschäftigten hat um 9743 oder 0,12 v. H. gegen 0,8 v. H. im Vormonat abgenommen. Es berichteten für den Oktober 1913: 3455 Kassen mit 6 Millionen Mitgliedern, für den Oktober 1914: 3944 Kassen mit 6,3 Millionen Mitgliedern, für den September 1915: 6280 Kassen mit 8,6 Millionen Mitgliedern, für den Oktober 1915: 5938 Kassen mit 8,2 Millionen Mitgliedern. — Von 901 272 Mitgliedern, über welche von 35 Fachverbänden Berichte vorlagen, waren 22 293 oder 2,5 v. H. arbeitslos, gegen 2,6 im Vormonat, 10,9 im Oktober 1914 und 2,8 im Oktober 1913. — Die Statistik der Arbeitsnachweise zeigt eine Zunahme des Andranges der Frauen. Es entfielen auf 100 offene Stellen bei den Männern im Oktober 1915: 89 Arbeitsuchende, im Vormonat 80, im Oktober 1914: 154, im Oktober 1913: 178; bei den Frauen im Oktober 1915: 182 Arbeitsuchende, im September 1915: 170, im Oktober 1914: 191, im Oktober 1913: 122. Aus den Berichten der Arbeitsnachweisverbände ist zu ersehen, daß sich der Mangel an männlichen Arbeitskräften verschärft hat, während bei den Frauen vielfach Ueberangebot bestand. Günstige Nachrichten über die Unterbringung der Textilarbeiter liegen vor aus Hannover, Westfalen und Rheinland.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Am 1. Dezember 1915 tritt eine Bekanntmachung betr. Beschlagnahme, Veräußerung und Verarbeitung von wollenen und halbwollenen Wirk- und Strickwarenlumpen und von wollenen und halbwollenen Abfällen der Wirk- und Strickwarenherstellung in Kraft. Veröffentlichung erfolgt in den Amts- und Kreisblättern sowie durch die Polizeibehörden.

Altona, den 1. Dezember 1915.

Der stellvertr. kommandierende General
v. Roehl.
4763) General der Artillerie.

Bekanntmachung.

In Ausführung der Verordnung des Polizeiamts vom 30. November 1915, die Sicherung des Bezuges von Vollmilch für Kinder, Kranke und stillende Frauen betreffend, wird hierdurch bekanntgegeben, daß die auf Grund des § 8 der vorbezeichneten Verordnung auszufüllenden Anmelde-Vordrucke von Donnerstag, den 2. d. Mts. an, vormittags zwischen 11 und 1 Uhr, im Geschäftszimmer des Ausschusses für Kriegshilfe, Dankwartsgrube 29, ausgegeben werden. (4757

Lübeck, den 1. Dezember 1915.

Der Ausschuß für Kriegshilfe.

Lehrerseminar zu Lübeck.

Anmeldungen von Schülern oder Schülerinnen zur Aufnahme ins Lehrerseminar werden vom Unterzeichneten werktäglich von 12—1 Uhr im Seminargebäude, Langer Lohberg 24, entgegengenommen.

Der Meldung sind beizufügen: a) ein von den Bewerbern selbst verfaßter und geschriebener Lebenslauf, b) ein Geburts- oder Taufschein, c) die letzten Schulzeugnisse, d) eine Erklärung des Vaters oder Vormundes der Bewerber, daß die zu ihrem Unterhalte während der Dauer der Ausbildung erforderlichen Mittel vorhanden sind. Bewerber, die nicht aus hiesigen Mittelschulen kommen, müssen außerdem ein ärztliches Zeugnis beibringen, zu dem Formulare beim Schulwärter des Seminars kostenlos erhältlich sind. (4712

Direktor **Dr. Möbusz.**

Verkauf lebender Butt
vom Boot aus
am Freitag, dem 3. Dezember
vormittags von 8 Uhr ab an der
Holstenbrücke
Dankwartsbrücke
Pfund 30 Pfg. (4762
leb. Butt und Dorsch
Hüxtertorbrücke

Eine kleine freundl. Wohnung zu sofort oder zum 1. Januar zu vermieten. (4766
Junk, [illegible].

Zu verkaufen Puppen-Wohn- und Schlafstube, große Puppe mit echtem Haar. (4754
[illegible] 56, II.

Auch ich gab mein Liebstes fürs Vaterland.

Plötzlich und unerwartet erhielt ich gestern die traurige Nachricht, daß mein innigstgeliebter unvergeßlicher Mann, meiner 7 Kinder herzensguter treusorgender Vater, unser lieber Schwiegersohn, Bruder u. Schwager in seinem 46. Lebensjahre im Lazarett zu Königsberg nach kurzem schwerem Leiden sanft entschlafen ist.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Auguste Fick geb. Jürs
und Kinder.
Heinrich Fick
zurzeit im Felde.
Karl Fick (4767
zurzeit im Felde.
Ella Fick. Erna Fick.
Magda Fick. Hanna
und Frida Fick.

Statt besonderer Anzeige

Am Dienstag nachmittag entschlief sanft nach langem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter

Elisabeth Hörig
geb. Elberling

im 72. Lebensjahre, tief betrauert von den Ihrigen.

Gustav Hörig.
Gustav Hörig u. Frau
geb. Böckenhauer.

Lübeck, den 1. Dez. 1915.
Karpfenstraße 29. (4759

Die Trauerfeier findet am Sonnabend, d. 4. Dezember, nachmittags 3 Uhr, in der Kapelle Vorwerk statt.

Gesucht eine Etage
von 3 Zimmern mit Gas nahe der Kochschen Werft z. 1. April. Angebote unter **M M 44** an die Exped. d. Bl. (4758

Ein guterh. **Korbkinderwagen** zu verk. Adolfstr. 10 (4753

Eine schöne **Myrte** zu verkauf.
4752) Sadowastr. 15, II.

Ein Schweinestall
zu verkaufen. (4765
Bei der Lohmühle 17.

Verloren auf dem Wege Ratzeburger Allee b. [illegible]
eine Pelzboa
(silbergr. Kaninchenfell). Abzugeben gegen Belohnung.
4764) **[illegible] 12, I**

Brieskoks
wieder vorrätig
Heinrich Diestel.
4711

Illustrierter Neue Welt-Kalender für 1916
Vierzigster Jahrgang
Inhalts-Verzeichnis:
Kalendarium — Postalisches — Beachtenswerte Adressen — Statistisches — Rückblick — Messen und Märkte — Im Kreislauf des Jahres — Unsere Toten (mit Porträts) — Nachdenkliches — Spinnstube. Erzählung von Ernst Preczang (mit Illustrationen) — [illegible]. Gedicht von Richard [illegible] — Herbstsommer. Gedicht von Leo Heller — [illegible] und Verwundetenversorgung im modernen Kriege. Von Carl [illegible] (mit Illustrationen) — [illegible] — Kunstdenkmäler auf dem westlichen Kriegsschauplatz. Von Wilhelm [illegible] (mit Illustrationen) — Rosen. Gedicht von Karl [illegible] — In Not erstarrt! Gedicht von [illegible] — Sein Urlaub. Erzählung von E. [illegible] (mit Illustrationen) — Das Erdbeben in den Abruzzen. Von Otto [illegible] (mit Illustrationen) — Mein Freund. Gedicht von A. Petersen — [illegible] der Blinde gewöhnliche Druckschrift lesen kann. [illegible] (mit Abbildungen) — Frauen im Kriege einst und jetzt. Von Anna Blos (mit Illustrationen) — Stille Stadt. Gedicht von Ludwig Lessen — Unser farbiges Bild — Sonntagsliebe. Eine Geschichte von Paul Ilg (mit Illustrationen) — [illegible] — Jean Jaurès † (mit Porträt) — [illegible] der Kriegsinvaliden, Witwen und Kriegerwaisen. Von Ernst Däumig — [illegible] — [illegible] — Kriegs[illegible] — Für unsere Rätsellöser — Die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Consumvereine (mit Abbildungen)
Hierzu vier Bilder:
Der Krieg — In der Küche — Nach kurzer Rast — [illegible] — Außerdem ein [illegible] auf [illegible]: Beim Ausladen — Ein Wandkalender
Preis 40 Pfennig
Zu beziehen durch:
Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

M. 2 Kräuterbutter! M. 2
½ Brotbelag unter Verwendung
bester Meierei- u. Bauernbutter
Frisch zu haben bei **Conr. Mull.**
Delikatessengesch., Beckergr. 33.
M. 2.— M. 2.—

Konsumverein für Lübeck u. Umg.

e. G. m. b. H.

General-Versammlung

am Freitag, 10. Dezember 1915, abends 8½ Uhr
im Kolosseum, Kronsforder Allee 25.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.
2. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes.
3. Beschlußfassung über die Verteilung der Erübrigung.
4. Wahlen zum Aufsichtsrat nach § 17 des Statuts.
5. Wahlen zum Genossenschaftsrat nach § 29 des Statuts.

Eintritt und Abgabe der Stimmzettel nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte.

Rob. Waldburger,
Vorsitzender des Aufsichtsrates.

4756)

Die Bilanz liegt vom Freitag, dem 3. Dezember, zur Einsicht der Genossen in sämtlichen Warenabgabestellen aus. Der Geschäftsbericht kann vom Mittwoch, dem 8. Dezember, ab ebenfalls in den Warenabgabestellen gefordert werden. **Der Vorstand.**

Ich lach,
weil ich die Wäsche mit
Ragoda
mach:
Das selbsttätige Schnellwaschmittel
ist unübertroffen.

Drucksachen aller Art
liefert schnellstens
Buchdr. Friedr. Meyer & Co.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 Otto Albers Kohlm. 10
und vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. a.:
94)
Lederhosen . . . **2.20**—6.45
Maurerhosen . . **2.60**—6.75
Schlosserhosen . **1.88**—5.25
überziehhosen . . **1.08**—2.35
Zwirn-Hosen . . **1.68**—3.25
leinene Jacken, schräge und gerade, **1.28**, Kasen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken Malermäntel erstaunlich billig Mützen von **30** ₰ bis 1.88 M.
Rote Lubecamarken.

Feldpostbriefe
5 Briefbogen u. 5 Kuverts 10 Pfg.
Feldpostkarten
10 Stück 5 Pfennig
hält vorrätig
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Strickmaschinen
sind das beste Erwerbsmittel
Katalog frei. (476
P. Kirsch, Braunschweig.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter

Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlg

am Sonnabend, d. 4. Dezember
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50—52.

Tagesordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Mitteilung des Vorstandes.
3. Regelung der Weihnachtsunterstützung.

Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder ist dringend erforderlich.

4755) **Der Vorstand.**

Stadttheater. 4760
Donnerstag, den 2. Dez. 1915:
Anfang 8 Uhr:
Gastspiel von **Eva Martersteig** und **Stanislaus Fuchs:**
Ein Sommernachtstraum
von W. Shakespeare.
Oberon . . Eva Martersteig.
Zettel, der Weber: Stanislaus Fuchs.
Freitag, d. 3. Dezember 1915:
Anfang 8 Uhr:
Auf Befehl d. Kaiserin
Operetten-Idyll von Bruno Granichstaedten.
Sonnabend, den 4. Dez. 1915:
Anfang 8 Uhr:
Gastspiel v. **Stanislaus Fuchs:**
Rosenmüller & Finke
Lustspiel von Dr. Karl Toepfer.
Bloom, Großkaufmann: Stanislaus Fuchs.
Sonntag, d. 5. Dezember 1915:
Nachm. 3 Uhr:
Volksvorstellung.
Jeder Platz 50 Pfg.
Der Raub d. Sabinerinnen
Schwank von P. und Fr. von Schönthan.
Verlosung der Plätze Freitag u. Sonnabend abend 8½—9½ Uhr an der Theaterkasse.

Nr. 282
22. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Donnerstag, den 2. Dezember 1915

Denkſchrift über wirtſchaftliche Maßnahmen.

Soeben iſt dem Reichstage eine neue Denkſchrift über wirtſchaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges zugegangen. Sie bildet den 6. Nachtrag zu dem erſten, vor nunmehr gerade Jahresfriſt veröffentlichten Weißbuche über den gleichen Gegenſtand. Die neue Denkſchrift behandelt die Maßnahmen der Geſetzgebung und Verwaltung, die vom Reiche oder unter ſeiner Mitwirkung in den letzten drei Monaten auf kriegswirtſchaftlichem Gebiete getroffen ſind, indem ſie in überſichtlicher Darſtellung die einſchlägigen Gebiete der Volkswirtſchaft in zehn Gruppen betrachtet.

Innerhalb des weiten Gebietes der wirtſchaftlichen Kriegsmaßnahmen haben, wie die Einleitung der Denkſchrift betont, die vielgeſtaltigen Fragen der Volksernährung in den letzten drei Monaten in noch ſtärkerem Maße als früher im Vordergrunde der öffentlichen Erörterungen wie der angeſpannten Tätigkeit der verantwortlichen Stellen der Reichsleitung geſtanden. Die Denkſchrift führt aus, daß von einer wirklich bedrohlichen Knappheit an Lebensmitteln auf keinem Gebiete der Volksernährung die Rede ſein kann. Auch die Erfahrungen der jüngſten Zeit beweiſen nicht allein die Frevelhaftigkeit, ſondern nicht minder auch die wirtſchaftliche Kurzſichtigkeit des Aushungerungsplanes unſerer Gegner. Dieſer Plan hat — ſehr gegen den Willen ſeiner Urheber — den Anſtoß zu einer ſtetig verbeſſerten Organiſation aller Zweige unſerer Volkswirtſchaft, ſowohl der Erzeugung als der Verteilung und vor allem auch des Verbrauchs der Güter, namentlich der Nahrungsmittel, gegeben. Schon heute läßt ſich mit Deutlichkeit erkennen, daß damit nicht nur das Durchhalten während der Kriegszeit geſichert iſt, ſondern daß über dieſe hinaus wirtſchaftliche und techniſche Neuſchöpfungen erzielt worden ſind, die dauernd der deutſchen Volkswirtſchaft zugute kommen werden. Unter dem Zwange der von den Gegnern verſuchten Einſchließung haben die hochentwickelte deutſche Wiſſenſchaft und Technik auch auf dem Nahrungsmittelgebiete gerade in denjenigen Zweigen, in denen am eheſten ein Mangel zu beſorgen war, rechtzeitig wirkſame Erſatzmittel entdeckt und erfunden. Es ſind für manches früher vernachläſſigte Naturprodukt Werte nachgewieſen, die zu einer dauernden Bereicherung der deutſchen Volkswirtſchaft führen werden.

Hat durch alles dies die eigene angeſtrengte und ſyſtematiſche Arbeit des deutſchen Volkes eine erhöhte Erzeugung von Nährwerten erzielt, ſo findet ſie in jüngſter Zeit, im engſten Zuſammenhange mit der immer günſtigeren politiſch-militäriſchen Entwicklung, eine Erleichterung und Unterſtützung durch vermehrte Zufuhren aus dem Auslande.

Somit hat die kriegswirtſchaftliche Lage Deutſchlands — entgegen den im feindlichen Auslande gefliſſentlich verbreiteten Behauptungen — nicht mit einer Unzulänglichkeit der notwendigen Nahrungsmittel zu rechnen. Vielmehr mußte das Grundproblem der Nahrungsmittelpolitik in anderen Schwierigkeiten geſehen werden, die in den letzten Monaten in ſteigendem Maße in die Erſcheinung traten und in erſter Linie Fragen der volkswirtſchaftlich und ſozialpolitiſch wünſchenswerten und gerechten Verteilung der Lebensmittel auf die verſchiedenen Volksſchichten und die im engſten Zuſammenhange damit die Regelung einer angemeſſenen Preisgeſtaltung betrafen.

Es konnte nicht verkannt werden, daß die Preisſteigerung, die ſich in den Herbſtmonaten in verſchärfter Weiſe bemerkbar machte, vielfach über das Maß deſſen hinausgegangen iſt, was als natürliche und unvermeidliche Folgeerſcheinung unſerer Wirtſchaftslage im Kriege hinzunehmen iſt. Dabei ergriff dieſe Verteuerung zum Teil gerade die notwendigſten Nahrungsmittel, deren die minderbemittelten Volkskreiſe für ihre Lebenshaltung am ſtärkſten bedürfen, und die Preiſe dieſer Erzeugniſſe ſtiegen zeitweiſe ſo, daß für weite Volksſchichten eine ausreichende Ernährung beeinträchtigt zu werden drohte, und dies, wie nochmals betont ſei, nicht wegen eines wirklichen Mangels an Vorräten, ſondern wegen der Höhe der Preiſe.

In der klaren Erkenntnis dieſer Sachlage galten die Bemühungen der verbündeten Regierungen in den letzten Monaten vor allem dem Kampfe gegen die Lebensmittelteuerung, ſoweit dieſer nur irgend durch Maßnahmen der Geſetzgebung und Verwaltung geführt werden kann. Das Syſtem der Höchſtpreiſe und, ſoweit dies wirtſchaftlich zweckentſprechend iſt, auch der Beſchlagnahmen iſt energiſch weiter ausgebaut worden.

Um unberechtigten Preisſteigerungen unmittelbar durch behördliche Einwirkungen entgegentreten zu können, ſind im ganzen Reiche ſachverſtändige Preisprüfungsſtellen errichtet worden, die die Unterlagen für eine angemeſſene Preisregelung zu ſchaffen haben. Einer dankenswerten Anregung des Reichstages folgend, iſt gewiſſermaßen als Krönung des Gebäudes dieſer örtlichen Preisprüfungsſtellen eine Reichsprüfungsſtelle ins Leben gerufen worden.

Aber über die Aufgaben der Ueberwachung und Regelung der Preisbildung hinausgehend, iſt eine planmäßige Verſorgungsregelung durch die Staatsgewalt, die Gemeinden und nötigenfalls durch bevorrechtigte Verſorgungsgeſellſchaften in die Wege geleitet worden.

Die Maßnahmen zur Preisgeſtaltung und Verſorgungsregelung finden ihre natürliche und notwendige Ergänzung durch Vorſchriften über die Verbrauchsregelung. Solche Beſtimmungen ſind in den letzten Monaten für wichtige Zweige der Volksernährung, insbeſondere zur Einſchränkung des Fleiſch- und Fettverbrauchs, ergangen; weitere Maßnahmen auf dieſem wichtigen Gebiete ſind in Vorbereitung.

Haldane und der Friede.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ hat ſich aus Paris eine Artikelſerie über das „alte Frankreich“ ſchicken laſſen. Die Schlußſätze des letzten Artikels lauten:

„Zum Schluß noch einen Oelzweig oder beſſer einen ſehr zarten Schößling, der aber kräftiger werden könnte. Wenige Tage nach der Demiſſion Delcaſſes — das iſt bezeichnend — kam unter dem Vorwand, Feldmarſchall French an der Front zu beſuchen, Lord Haldane nach Frankreich. In Wirklichkeit aber handelte es ſich für ihn darum, ſich unauffällig nach Paris zu begeben. Wir haben in Erfahrung gebracht, daß er mit zwei der angeſehenſten Perſönlichkeiten der Republik, vielleicht noch mit einer dritten, Unterredungen hatte. Natürlich ſind die Einzelheiten dieſer vertraulichen Beſprechungen unbekannt, aber ihre Bedeutung wird klar werden, wenn wir daran erinnern, daß Lord Haldane, Kriegsminiſter im erſten Kabinett Asquith, jener britiſche Staatsmann iſt, der ſich zwei Jahre vor der Eröffnung der Feindſeligkeiten nach Berlin begab, um zu verſuchen, zwiſchen England und Deutſchland beſſere Beziehungen herzuſtellen. Er galt damals für deutſchfreundlich und nahm, als das Miniſterium Asquith zu einem Kriegskabinett umgeſtaltet wurde, ſeine Demiſſion. Nichtsdeſtoweniger iſt er ein vertrauter Freund Asquiths und Sir Edward Greys geblieben.

Nun fand ſein Beſuch in Paris in dem Augenblick ſtatt, da der Krieg ein neues Geſicht zeigt, da er an einem Wendepunkt ſteht und deutliche Symptome darauf hinweiſen, daß die Verbündeten über die Art der Fortſetzung des Krieges uneins ſind. Lord Haldane ſoll beauftragt worden ſein, ſich zu vergewiſſern, ob man in Paris zu einem Meinungsaustauſch über die Mittel für die Anbahnung von Friedensverhandlungen geneigt wäre. Den Augenblick abzuwarten, da eine der alliierten Mächte abſiele, würde die übrigen Staaten des Vierverbandes am Tage der Eröffnung der Friedensunterhandlungen, der ja früher oder ſpäter kommen muß, in offenbarem Nachteil verſetzen.

Lord Haldanes Schritt geſchah in dem Moment, da man in Frankreich und ohne Zweifel auch bei den andern Kriegführenden eine gewiſſe Müdigkeit zu empfinden beginnt. Mehr und mehr fühlt man das Bedürfnis, aus dieſer vergifteten Atmoſphäre des Haſſes, der Verleumdung und der Lüge herauszukommen, die Dunkelheit, die einen umgibt, zerſtreut zu ſehen. Bereits regen ſich Beſorgniſſe wegen der Ziele, die man verfolgt, und der Intereſſen, die auf dem Spiel ſtehen. Man vernimmt auch charakteriſtiſche Aeußerungen: „Wenn Deutſchland ſo ſehr daran hängt, ſo möge man ihm doch dieſe Negerkolonie geben, deren einziger Nutzen darin beſteht, daß ſie alten Direktoren der Folies Bergère Stellen liefern, und dann ſoll es uns dafür unſre Departements zurückerſtatten.“

Im Volke ereifert man ſich nicht mehr ſo leidenſchaftlich für den Krieg, ſeit er eine neue Wendung genommen hat; die meiſten dieſer einfachen Leute wiſſen übrigens kaum, was Serbien iſt. „Warum haben wir dieſen Krieg unternommen?“ beginnen ſie zu fragen. Sie wollen nicht für Intereſſen, die Frankreich nichts angehen, leiden und ihr Blut vergießen, denn ihr Räſonnement iſt naiv.

Für Elſaß-Lothringen? Das iſt in der Tat die am ſchwierigſten zu löſende Frage, denn ſie iſt für die Franzoſen hauptſächlich eine Frage des Gefühls. Unſer Blut ſollte für nichts gefloſſen ſein? Eine wilde Empörung wäre in dieſem Falle zu befürchten.

In intellektuellen Kreiſen fragt man ſich: Warum dieſen Krieg ohne Ziel, ohne Schönheit, ohne Ruhm fortſetzen? Dieſe Stimmen werden immer zahlreicher, und bald werden ſie ſich ſo laut vernehmen laſſen, daß man ſie nicht mehr erſticken kann. Zum Himmel ſteigt immer ſchmerzlicher die Klage der Mütter, Witwen und Waiſen. Die Gemüter wenden ſich mit Abſcheu von dem ſchändlichen Gemetzel ab. Wozu, wozu? Ja, Friede!“

Zur Teuerung.

Wer hält die Kartoffeln zurück? Die agrariſchen Blätter bemühen ſich, nachzuweiſen, daß nicht die Landwirte die Kartoffeln zurückhalten, ſondern der Großhandel für die Kartoffelknappheit verantwortlich zu machen iſt. Demgegenüber machte in der Stadtverordnetenſitzung zu Bochum ein Stadtverordneter ſehr intereſſante Mitteilungen über eine Reiſe nach dem Oſten, die dazu dienen ſollte, Kartoffeln für die Bochumer Bevölkerung zu beſorgen. Obwohl der Stadtverordnete mit allen erforderlichen Ausweiſen verſehen war, ſtieß er, wie wir dem „Berl. Tagebl.“ entnehmen, an vielen Stellen auf die größten Schwierigkeiten. Auf einer Anzahl Gütern, die weit über hunderttauſend Zentner Kartoffeln liegen hatten, wurde er mit der Bemerkung abgeſpeiſt, daß man jetzt Rüben verlade und keine Zeit habe, an die Verladung der Kartoffeln zu denken. Ein Landwirt fragte ihn in ironiſchem Tone, ob er etwa gekommen ſei, Kartoffeln zu verkaufen. Ein polniſcher Edelmann weigerte ſich anfangs überhaupt, ihn zu empfangen und bequemte ſich erſt dazu, als er mit beſonderem Nachdruck auf die Ausweisſcheine der Behörden verwies. Der Stadtverordnete hat von dieſen Vorfällen, die offenbar jeglichen guten Willen bei den betreffenden Großgrundbeſitzern vermiſſen laſſen, im Reichsamt des Innern Kenntnis gegeben und die Zuſicherung erhalten, daß man der Sache nachgehen werde. Die Meinung des Stadtverordneten war, daß die Landwirte über die Feſtſetzung der Höchſtpreiſe verſchnupft ſeien, was begreiflich erſcheine, wenn man beiſpielsweiſe höre, daß einer dieſer Herren im Frühjahr 10000 Zentner Kartoffeln an die Reichsregierung verkauft und dafür pro Zentner 8,50 Mark erhalten habe. Das ſind alſo nach Adam Rieſe 85000 Mark für 10000 Zentner Kartoffeln. Ein feines Geſchäft, bei dem es ſich Durchhalten läßt auf anderer Leute Koſten.

Politiſche Rundſchau.

Deutſchland.

Aus dem ſächſiſchen Landtag.

In der Zweiten Kammer gab die ſozialdemokratiſche Fraktion folgende Erklärung ab:

„In letzter Zeit ſind wiederholt Anordnungen der Regierung zu unſerer Kenntnis gekommen, durch die die freie Berichterſtattung über die Verhandlungen des Landtags beſchnitten und unter Umſtänden unterdrückt wird. Das Recht der Preſſe, über die Verhandlungen der Parlamente frei zu berichten, iſt feſtgeſtellt. Die Verhandlungen des Landtags ſind laut § 135 der Verfaſſungsurkunde für Sachſen grundſätzlich öffentlich, und die Freiheit der Berichterſtattung über ſeine Verhandlungen iſt außerdem geſichert durch § 12 des Reichsſtrafgeſetzbuches. Anordnungen der erwähnten Art ſind mithin Eingriffe in die geſetz- und verfaſſungsmäßigen feſtgeſetzten Staatsbürgerrechte; ſie verletzten im beſonderen auch die Rechte des Landtags, ſein Intereſſe an einer ungeſchmälerten Berichterſtattung über ſeine Verhandlungen. Die ſozialdemokratiſche Fraktion macht deshalb den Herrn Präſidenten auf die Anordnungen der Regierung aufmerkſam und legt ihrerſeits ſcharfe Verwahrung gegen ſie ein.“

Der Präſident erklärte, ſich wegen der Sache mit der Regierung ins Einvernehmen ſetzen zu wollen. Damit war die Angelegenheit vorläufig erledigt. Da ferner gegen den Willen der ſozialdemokratiſchen Fraktion zwei Anträge auf die Tagesordnung geſtellt wurden, beſchloß ſie, die vereinbarte Kontingentierung der Redner nicht zu beachten.

Noch ein Ketzer.

Der fortſchrittliche Reichstagsabgeordnete Dr. Wendorff iſt von ſeinen im Bunde der Landwirte organiſierten Berufsgenoſſen in Acht und Bann erklärt worden, weil er

Im Hirtenhaus.

Eine oberfränkiſche Dorfgeſchichte von Heinrich Schaumberger.

13. Fortſetzung.

Ich meine, Ihr redetet eben ſo mannhaft, es hat das Anſehen, als wolltet Ihr wirklich Ordnung im Hauſe ſchaffen — drum habe ich gedacht, Ihr ſolltet Euch auch meine Sache nochmals überlegen. — Ach Gott, Märt, wenn Ihr die Schande und das Unglück von mir nähmet — ich wüßte nicht, wie ich es Euch danken ſollte!“ Lorenz konnte nicht weiter reden, das Waſſer ſtand ihm in den Augen; auch Margelies blickte mit gefalteten Händen zu dem Hausherrn auf.

„So — alſo dazu ward die ganze Komödie aufgeführt? Deswegen mußte mein Bruder aus dem Haus, um dem Bettelpack Luft zu machen?“ ſchrie die Bäurin und ſtemmte die Arme in die Seite. „Probier's einmal und laß mir die Geſellſchaft noch eine Nacht im Haus! Ich hab' ertragen, mehr als zu ertragen war — dabei will ich aber ſehen, wer Recht behält! — Ja, droh' nur! Und wenn du mich auf der Stelle erſchlägſt, ich bin nicht ſtill und ich will einmal nicht und ich geb' nicht nach, bis die da aus dem Haus ſind!“

Der Bauer kraute ſich verlegen die kurzen Haare. „Lorenz — du ſiehſt ſelber, wie die Sachen ſtehen. — Käm's auf mich allein an, wahrhaftig, du ſäßeſt gut in meinem Haus, aber wie die Sachen liegen, geht's nicht, wahrhaftig nicht. Ging ich zurück — der Drach' da würf' mein ganzes Hausweſen über den Haufen, oder er käm' von Verſtand. — Um meiner Kinder willen darf ich ihr jetzt nicht die Urſache gegen mich geben — wir ſind ſonſt geſchlagen auf alle Zeit!“

„Ja, wenn's ſo ſteht, dann geht's nicht,“ ſagte Lorenz bitter. „Ihr ſeid eben doch ein Haſenfuß und tragt auch das Herz im Hoſenſack! — Da wär's vergeblich, wollt' ich Euch nochmal um das nötigſte Handwerkszeug bitten. Aber Tiſch und Stühl' muß ich haben und ſonſt noch dies und das — ruft ehrliche Männer herbei und laßt's abſchätzen — ich hab' nun nicht mehr lange Zeit!“

„Du tuſt mir unrecht, ſchwer unrecht, Lorenz; du weißt nicht, was ich für ein Hauskreuz auf mir liegen habe. Vom Abſchätzen iſt keine Rede, wirſt ſelber wiſſen, was die Sachen wert ſind und mich nicht verkürzen. Nimm nur, was du brauchſt, das will ich noch verantworten. Und geh' nicht im Zorn von mir, du tuſt mir wahrhaftig in der Seele weh: kein Menſch kann dir's mehr vergönnen, wenn es dir leidlich beſſer glückt, als ich!“

„Mit Worten iſt's freilich leicht, mitleidig und gutherzig ſein — aber ich dank' Euch dafür! Ihr waret ſtets aufrichtig gegen mich, das will ich nicht vergeſſen; und zuletzt bitt' ich Euch, Märt, haltet meine Sachen in Ehren, verſchleudert ſie nicht in alle Welt. Wenn ich es kann, löſ' ich ſie ſelber wieder ein, und wenn ich's vermag, ſollt Ihr auch nicht einmal einen Pfennig an den Zinſen verlieren!“

Märt nahm ſeine geſtrickte Strumpfkappe ab und wiſchte ſich damit um die Augen, herzhaft drückte er Lorenzens Hand und ſagte bloß, „es gilt!“ Ehe die Bäurin abermals dreinfallen konnte, riß er ſie vom Stuhl auf. „Sei nur gleich ganz ſtill und ſag' mir kein Wort! Jetzt red' ich noch im guten mit dir, hilft das nicht, zieh' ich andere Saiten auf. Auf jetzt und in den Stall, 's iſt lang ſchon Fütternszeit.“ Damit zog er die Bäurin aus der Tür.

„Für uns gibt es keine Hilfe,“ ſchluchzte Margelies am Hals ihres Mannes. „Mit wie wenigem wäre uns geholfen: — dem Ottensmärt koſtete es gar nichts, nur ein Wort, ein wenig Vertrauen und Geduld — und die Schande, das Elend wär' uns erſpart! Aber ich will nicht klagen, Lorenz, will dir das Herz nicht ſchwer machen! Wer weiß, vielleicht iſt's auch gerade ſo am beſten. Auf den Märt iſt kein Verlaß; gäb' er heut' nach, reute es ihn vielleicht morgen wieder, und dann wären wir es recht übel dran. Und zuletzt: — überwinden wir dieſes Unglück, können wir doppelt froh ſein; was wir dann ſind, haben wir nur uns ſelber zu danken!“

„Ich dank' dir, Margelies, dafür dank' ich dir vom Grund meines Herzens! Margelies — iſt denn wirklich das Elend ſo groß? Denk' doch, würden wir wohl mit dem Kirchbauer, mit den Ottensleuten tauſchen? — Ja, es iſt traurig, daß bei allem Leid noch obendrein ein erbitterter Feind auf unſer Unglück ſinnt, aber den Kirchbauer fürchte ich nicht, weiß ſelber nicht, wie das iſt, ich kann mich nicht vor ihm fürchten! — Und was den Ottensmärt betrifft, der iſt wirklich zu bedauern: wir dürfen es ihm wahrlich nicht allzuſehr verübeln, daß er nicht das Herz hat, uns zu helfen; ſeine Alte iſt auch gar zu ſchlimm. — Da, hör' nur, jetzt geht's drüben ſchon wieder los!“

Richtig erhob ſich eben im Vorderhaus ein arger Zank: Märt machte diesmal wirklich kurzen Prozeß, Lorenz und Margelies hörten die Haustür heftig öffnen und zuwerfen, ſahen die Bäurin heulend aus dem Hof laufen und vernahmen auch, wie ihr Märt nachrief: „Lauf' zum Kuckuck, alter Drach'! — Mit dem Kirchbauer bleib' mir vom Hals, und daß du's weißt, ich laß dich nicht eher über meine Schwelle, bis du zahm und demütig geworden biſt!“

„Der arme Märt, da kann er lange warten!“ lächelte Margelies unter Tränen. „Aber nun müſſen wir eilen, es dämmert ſchon, wie wollen wir heute noch fertig werden?“

„Kurze Haare ſind bald gebürſtet,“ lächelte Lorenz wehmütig. „Unſer Umzug und die Einrichtung droben wird uns nicht lange aufhalten, und die Nacht iſt dabei unſer größter Freund. Koche nur unſer Eſſen, derweil ſchaffe ich unſer Geräte ins Hirtenhaus und richte die Betten in unſerm Bodenraum, dann ziehen wir mit den Kindern in aller Stille ein — heute wollen wir noch nicht mit den Hirtenhäuslern zuſammenkommen!“

So geſchah es auch. Lorenz belud einen Handſchlitten mit dem Hausgerät und nahm die Hilfe dankbar an, als der Knecht des Bergbauern einen Gruß von ſeinem Herrn ausrichtete und ſeine Dienſte anbot. So war die Arbeit bald vollbracht, das Eſſen nahm auch nicht viel Zeit in Anſpruch, und als eben die Bauern ſich zum Gang ins Wirtshaus rüſteten, da und dort eine mitleidige Frauenſeele im ſtillen dachte: wie mag es den Schreinersleuten im Hirtenhaus ergangen ſein? — wandelten Lorenz und Margelies, je ein Kind auf dem Arm, Marie zwiſchen ſich, die ſteile Mergelgaſſe hinauf und überſchritten ſeufzend die Schwelle des Hirtenhauſes. Wildes Zanken und Schreien tönte ihnen aus der Stube entgegen; Lorenz drückte die Hand der zitternden Margelies und ſagte leiſe, „der Herr ſegne unſern Eingang und verhelfe uns zu einem baldigen, fröhlichen Ausgang! Laß dich den Lärm nicht anfechten, uns kommt er grade gelegen, keine Seele bemerkt uns!“

Margelies ſchauerte zuſammen, als ſie den dunklen, kalten Boden betraten, der fortan ihre Heimat ſein ſollte. Der Wind heulte um das Haus, pfiff durch die Ziegeln und wehte lange Schneeſtreifen durch die Ritzen der Bretterwand herein. Das Licht, welches Lorenz entzündete, flackerte hin und her, ein plötzlicher Windſtoß verlöſchte es — die weinenden Kinder mußten im Dunkeln zu Bett gebracht werden. Marie beruhigte die jammernden Kleinen, und als ſie endlich mit den Geſchwiſtern feſt eingeſchlafen war, legte Margelies das Geſicht auf Lorenzens Hände und weinte bitterlich. — Ja, ja, wein' dich nur aus, 's iſt recht ſo, 's drückt dir ſonſt das Herz ab.“ ſagte Lorenz und ſtrich ſanft über ihr weiches Haar. „Mir geht's nicht beſſer als dir, möchte am liebſten ſelber mitmachen! Aber das Schwerſte iſt nun überſtanden, ich ahn's, es wird nun beſſer! Der Boden ſieht freilich noch wüſt aus, aber laß dich's nicht kümmern, die Ritzen vernagle ich, die Lücken in den Ziegeln verſtopfen wir mit Stroh — du wirſt ſehen, wir wohnen gar nicht ſo ſchlecht — und die Hauptſache iſt, wir ſind allein! —

(Fortſetzung folgt.)

öffentlich zugeſtanden hat, daß es der Landwirtſchaft gut geht. Schon meldet ſich aber ein neuer Ketzer in der Perſon des nationalliberalen Gutsbeſitzers Schmidthals, dem Gegenkandidaten des Herrn v. Heydebrand auf Klein-Tſchunkawe. Herr Schmidthals, der eine Menge Entſchuldigungen für die unzureichenden Maßnahmen der Regierung hat, ſagt im „Deutſchen Kurier“:

„Soviel ſteht jedenfalls feſt, die Lage der Landwirtſchaft iſt nicht verzweifelt. Am ſchlimmſten ſteht es noch um den kleinen Landwirt, der im Verhältnis zu ſeiner Fläche viel Vieh hält; bei ihm ſieht es oft traurig aus; je größer die Fläche, je geringer im Verhältnis zu ihr der Viehſtand iſt, um ſo weniger hat der Landwirt unter den beſonderen Verhältniſſen des Krieges zu leiden. Gewiß ſind die Höchſtpreiſe für Kartoffeln nicht übertrieben hoch und bei der ſchlechten Ernte in Getreide hatte man vielleicht auf höhere Kartoffelpreiſe gerechnet, die den Ausfall an Körnern decken ſollten. Doch die heutigen Erzeugungskoſten werden immerhin reichlich gedeckt, und mehr kann man nicht verlangen.“

Die allein Sachverſtändigen der „Deutſchen Tagesztg.“ werden dem Herrn Schmidthals nun vermutlich umgehend beſtätigen, daß er von der Landwirtſchaft nichts verſteht. Dieſe Methode hat den Vorzug, bequem zu ſein, überzeugend aber iſt ſie nicht.

Regierungserklärung im ſächſiſchen Landtag.

In der Zweiten ſächſiſchen Kammer gab während der Beratung des Etats der Miniſter des Innern gegenüber Ausführungen im Hauſe folgende Erklärung ab:

„Deutſchland hat den Krieg nicht begonnen mit Eroberungsabſichten, vielmehr geht aus Äußerungen der Länder, mit denen wir im Krieg ſtehen, deutlich hervor, daß unſere Gegner die Abſicht haben, von Deutſchland Gebiete zu rauben und deutſchvölkiſches Weſen zu unterdrücken. Dieſe Abſichten zwingen uns, danach zu handeln und die Kriegsgegner zu der Anſicht zu bringen, daß ſie geſchlagen und beſiegt ſind. Es iſt zu erwarten, daß wie im Reichstage ſo auch im ſächſiſchen Landtage alle Parteien dieſen Standpunkt teilen und unterſtützen.“

Dieſe Erklärung wurde von allen bürgerlichen Fraktionen mit ſtarkem Beifall, von der ſozialdemokratiſchen Fraktion mit Schweigen entgegengenommen.

Eine ſonderbare Gründung

hat der Bund deutſcher Werkvereine (die ſogenannten Wirtſchaftsfriedlichen) unternommen. Auf der zweiten Kriegstagung in Eiſenach referierte ein Herr Herzog aus Magdeburg, der der Regierung den Vorwurf machte, ſie habe bisher dem Volke keine billigen Lebensmittel verſchafft. Es wurde eine Beziehervereinigung gegründet, die bei genauem Zuſehen den Zweck verfolgt, den Kundenkreis des Privatunternehmers Graupner in Crimmitſchau zu erweitern. G. hat beim großen Weberſtreik die Gegenpartei mit Lebensmitteln verſorgt und ſeitdem ſeinen Kundenkreis auch auf auswärtige nationale Vereine ausgedehnt, die die Waren ihren Mitgliedern abgeben. Nach Mitteilung Herzogs ſichert die Unterſtützung des Unternehmens Anſpruch auf Ueberſchüſſe, die den Wohlfahrtseinrichtungen der gelben Vereine zugeführt werden ſollen.

„Von den Vorteilen, die eine ſolche Vereinigung der geſamten Bewegung in politiſcher Hinſicht bringt, wollen wir heute nur nebenbei ſprechen. Entgehen laſſen ſollten wir uns eine ſolche Gelegenheit nicht; jedenfalls trägt ſie dazu bei, der Bewegung ein feſtes Rückgrat zu geben.“ ſo ſetzte der Referent hinzu. Unter der Herrſchaft des Burgfriedens müſſen wir uns vorderhand mit der Tatſache begnügen, daß die wirtſchaftsfriedlichen Werkvereine eine Organiſierung eines privaten Kundenkreiſes mit politiſchen Hintergedanken vorgenommen haben.

Der badiſche Gnadenweg für Kriegsteilnehmer.

Die badiſche Regierung hat dem Landtage einen Geſetzentwurf vorgelegt, deſſen einziger Artikel lautet:

„Strafverfahren gegen Teilnehmer an dem gegenwärtigen Kriege wegen Handlungen, die vor oder während der Einberufung zu den Fahnen, bis zur Beendigung des Krieges begangen ſind, können im Wege der Gnade niedergeſchlagen werden. Dieſes Geſetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

In der Begründung wird geſagt, es müſſe die Möglichkeit geſchaffen werden, daß die Gnadeninſtanz in der Lage iſt, mit Umgehung eines rechtskräftigen Urteils bereits das ſchwebende Strafverfahren endgültig niederzuſchlagen, denn der Krieg bringt zahlreichen Kriegsteilnehmern den gnadenweiſen Nachlaß von rechtskräftig erkannten Strafen. — Die Vorlage iſt an die Juſtizkommiſſion gegangen.

Aus der Partei.

Ein politiſcher Prozeß. Vor der 1. Strafkammer des Landgerichts Berlin III ſtanden am Mittwoch 5 Genoſſen und 2 Genoſſinnen, die beſchuldigt werden, durch Verbreitung eines Flugblattes in den Straßen Groß-Berlins, betitelt: „Der Hauptfeind ſteht im eigenen Land“, in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weiſe verſchiedene Klaſſen der Bevölkerung gegeneinander zu Gewalttätigkeiten angereizt zu haben. Der Staatsanwalt beantragte, die Oeffentlichkeit der Verhandlung auszuſchließen, da eine Gefährdung der Staatsſicherheit zu beſorgen ſei. — Verteidiger Genoſſe Dr. Heinemann, der einen der Angeklagten ſowie die beiden Genoſſinnen vertritt, ſchloß ſich dem Antrag des Staatsanwalts an. Verteidiger Dr. Weinberg, der alle übrigen Angeklagten verteidigt, proteſtierte entſchieden gegen den Ausſchluß der Oeffentlichkeit. Eine Gefährdung der Staatsſicherheit beſtehe unter keinen Umſtänden. Selbſt das Staatswohl werde durch die Oeffentlichkeit der Verhandlung nicht geſchädigt. Aber ſelbſt die letztere Möglichkeit zugegeben, habe das Reichsgericht den Ausſchluß der Oeffentlichkeit in ſolchem Falle für unzuläſſig erklärt. Die Angeklagten ſchloſſen ſich ſämtlich den Ausführungen Weinbergs an. — Nach kurzer Beratung beſchloß das Gericht, die Oeffentlichkeit auszuſchließen. — Als Zeuge iſt vom Verteidiger Dr. Weinberg der Genoſſe Dr. Breitſcheid geladen. — Nach längerer Verhandlung unter Ausſchluß der Oeffentlichkeit beantragte der Staatsanwalt gegen einen Genoſſen, der ſchon in dem bekannten Charlottenburger Denkmalsprozeß verwickelt war, ein Jahr Gefängnis, gegen die vier anderen Genoſſen je 9 Monate und gegen die zwei Genoſſinnen je 6 Monate Gefängnis. Die Verteidiger plädierten für Freiſprechung oder doch für mildere Strafen. Nach ſehr langer Beratung verkündete der Vorſitzende, der Gerichtshof hat die Ueberzeugung gewonnen, daß die Angeklagten den Inhalt des verbreiteten Flugblattes vor der Verbreitung gekannt und gewußt haben, daß die Verbreitung ſtrafbar iſt. Dafür ſpricht der Inhalt des Flugblattes. Mithin haben ſich die Angeklagten im Sinne des § 130 des Strafgeſetzbuches ſchuldig gemacht. Bei der Strafzumeſſung hat der Gerichtshof den Angeklagten Glauben geſchenkt, daß ſie der Anſicht waren, das Flugblatt gehe von der ſozialdemokratiſchen Partei aus, und daß ſie nicht die Abſicht gehabt haben, eine Deutſchland ungünſtige Wirkung im Auslande hervorzurufen. Mit Rückſicht hierauf hat der Gerichtshof den Angeklagten mildernde Umſtände zugebilligt. Es erhielten die fünf Genoſſen je drei Monate Gefängnis, welche Strafe als durch die Unterſuchungshaft für verbüßt erachtet wird; die Genoſſinnen, die nicht in Unterſuchungshaft geſeſſen haben, je 50 Mark Geldſtrafe.

Eine Verhaftung. In Düſſeldorf wurde am Sonnabend der Genoſſe Kaſtart verhaftet und zunächſt in Polizeigewahrſam genommen. Tags darauf wurde er in das Gefängnis überführt. Er wird beſchuldigt, Exemplare des bekannten Zimmerwalder Manifeſtes verbreitet zu haben. Vor der Verhaftung hatte eine Hausſuchung in ſeiner Wohnung ſtattgefunden.

Zum Parteikonflikt in Württemberg. Gegen die Maßnahmen des Parteivorſtandes und ſeine Stellungnahme im württembergiſchen Parteikonflikt hatten die alte Ortsvereinsleitung in Stuttgart und die alte Kreisvereinsleitung in Göppingen Beſchwerde bei der Kontrollkommiſſion erhoben. Dieſe hat nunmehr über die Beſchwerden entſchieden und ſie als unbegründet zurückgewieſen.

Franzöſiſche Deputierte gegen die „Humanite“. Von zuverläſſiger Seite, ſo wird dem „Avanti“ unterm 29. November aus Paris gemeldet, wird die Nachricht verbürgt, daß 21 ſozialiſtiſche Kammermitglieder dem Parteivorſtand einen Proteſt gegen die Haltung der „Humanite“ zugehen ließen. Es wird in dem Schreiben ein gründlicher Wechſel in der Verwaltung des Blattes gefordert, um es dem Einfluß der es beherrſchenden Clique zu entziehen.

Die Nachfolgerin der „Bataille Syndikaliſte“. Am 23. Oktober ging die „Bataille Syndikaliſte“ (Syndikaliſtiſche Schlacht) ein und am 3. November erſchien die „Bataille“. War die erſtere in den letzten 6 Monaten nur ein ſchwacher Abklatſch der „Humanite“, ſo iſt es bei der „Bataille“ noch ſchlimmer geworden; ſie iſt ein Abklatſch von Herves „Guerre Sociale“. Es zeigt ſich ferner, daß der Mangel an Finanzen, der das Weitererſcheinen der „B. S.“ unmöglich gemacht hatte, nach einigen Tagen behoben war, als aus der ſyndikaliſtiſchen Schlacht eine antideutſche Schlacht geworden iſt. Hinter der „B. S.“ ſtanden Arbeiterorganiſationen, die für das Blatt große Opfer brachten, ſo lange es noch einigermaßen ihre Anſichten vertrat. Hinter der „Bataille“ ſtehen keine Arbeiterorganiſationen mehr, ſondern einige unbekannte finanzkräftige Individuen, deren Agent Leon Jouhaux iſt und der ſeine großen Fähigkeiten in ihren Dienſt ſtellt. Sein Muſter iſt Guſtav Herve, und er liefert täglich ein Artikelchen, in dem er zur energiſchen Fortſetzung des Krieges antreibt. Wie in der geſamten Pariſer Preſſe wird jedes Friedensgerücht als von Deutſchland ſtammend und als ſchlaues Manöver, als Folge der Pyrrhusſiege der deutſchen Heeresleitung hingeſtellt. Der Friede könne nur kommen, wenn Deutſchland ſich den Forderungen ſeiner Gegner unterwerfe. — Kürzlich berichtete übrigens der Pariſer Mitarbeiter des „Avanti“, daß man die „Bataille Syndikaliſte“ nur eingehen und in anderem Kleide wiedererſcheinen ließ, um eine Reinigung der Redaktion im Sinne der entſchiedeneren Kriegführung vornehmen zu können.

Vereinigung der marxiſtiſchen und volksſozialiſtiſchen Gruppe in Rußland. Die beiden geſellſchaftlichen Strömungen in Rußland, die marxiſtiſche und die volksſozialiſtiſche, welch letztere unter dem Namen der „Narodniki“ bekannt iſt, die bisher getrennt nebeneinander gingen, haben ſich vor kurzem unter dem Einfluſſe der Kriegsereigniſſe vereinigt. Das Programm der Volksſozialiſten, der ſogenannten Narodniki, umfaßte bisher breitere und tiefere Schichten des ruſſiſchen Volkes, vor allem des Landvolkes, als das der Marxiſten ſtrenger Obſervanz, die in ſtrikter Wahrung des marxiſtiſchen Standpunktes ihr Augenmerk vornehmlich auf das ſtädtiſche Proletariat richteten. Dieſe beiden Richtungen bekämpften ſich bisher auf das hartnäckigſte. Unter dem Einfluſſe des Krieges nun haben ſie Frieden geſchloſſen — auf dem Boden vaterländiſcher Intereſſen. Den erſten Anlaß zu dieſer Vereinigung gaben die ruſſiſchen politiſchen Emigranten in Frankreich, die ſich freiwillig unter die franzöſiſchen Fahnen ſtellten. Als Organ dieſer neuen Abart des ruſſiſchen Sozialismus erſcheint die Zeitſchrift „Priſiw“ (Aufruf) — unter der Redaktion von Plechanow, Alexinsky, Bunakow und der näheren Mitarbeiterſchaft von Deutſch, Axelrod und Brach.

Kriegsbilder.

Die Soldaten im Felde und die Kriegsbegeiſterten daheim.

Oſkar Wöhrle, ein bekannter Mitarbeiter des „März“, der ſeit Anfang des Krieges im Felde ſteht, veröffentlicht in der letzten Nummer des „März“ „Skizzen von draußen“. Wir entnehmen den in ihrer ſchlichten Wahrheit erſchütternd wirkenden Schilderungen die folgenden Stellen:

Nach gewonnener Schlacht. Die Schlacht war geſchlagen. Der Sieg hatte ſich nach langem, aufregendem Zaudern endlich auf unſere Seite geworfen. Der Feind befand ſich allenthalben im Rückzug.

Wir lehnten halbtot an den Kanonen, Geſicht und Hände ſchwarz vom Pulverdampf, die Augen entzündet und von giftigen Gaſen gebeizt.

Rund um das Chaos: zerſchmetterte Leichen, tote Pferde, verwundete Infanteriſten, die ihre Schmerzen durch laute Schreie abzuſchwächen ſuchten, furchtbarer Qualm brennender Häuſer, Geſtank Hunderter ſeit Tagen nicht beerdigter Kadaver.

Von der Beobachtung her brachten zwei Fernſprecher auf einer Baumbahre einen Hauptmann geſchleppt. Er war tödlich verwundet, von Gott und der Granate gezeichnet. Der blutige Dreck quoll aus ſeinem offenen Leibe und wie getretene Schlangen wanden ſich die Gedärme dazwiſchen. Seine Arme hoben und ſenkten ſich im Krampf wie die Flügelſchläge eines ſterbenden Vogels. Auf der Stirne ſtand der Todesſchweiß in dicken Tropfen und die räuberiſchen Fliegen kamen und ſaugten davon.

Wir ſammelten uns in einem großen Haufen und weinten alle, als wir zu unſeren Füßen dieſes Jammerbild der Vernichtung ſahen.

Aber mitten in unſere Tränen legte ſich eine biſſige Hand auf unſere Schultern und eine klare, ſchneidende Stimme ſprach laut und vernehmlich: „Kinder! Sieg! Sieg! Was weint ihr? Jetzt hängt man in Deutſchland die Fahnen heraus!“

* * *

Merkblatt: Es iſt gut Hurra ſchreien, wenn man in Deutſchland hinterm vollen Humpen ſitzt und einem das Fett in der Pfanne nie ausgeht.

Es iſt gut Siege feiern, wenn man noch kein anderes Praſſeln gehört hat, als das Praſſeln des Feuerwerks und platzende Schrapnells und Granaten nur aus der Zeitung kennt.

Es iſt gut vom Durchhalten ſprechen, wenn man nachts bei ſeiner Frau im Neſt liegt und ſich die warme Decke übern Kopf ziehen kann.

Es iſt aber ſchwer, ein Soldat zu ſein; denn der Regen näßt, die Kälte zwickt, die Sonne ſticht, der Hunger tut weh, der Durſt brennt den Hals aus und die feuchte Erde macht Rheumatismus.

Es iſt aber ſchwer ein Soldat zu ſein; denn man iſt kein Menſch mehr für ſich; man muß ſeinen Willen einem anderen Willen unterwerfen; man ſieht nie weiter, als die eigenen Augen ſehen; man muß jede Sauerei mitmachen und weiß nie, wann der Greuel ein Ende hat.

Es iſt aber ſchwer, ein Soldat zu ſein; denn man muß nicht nur marſchieren und wieder marſchieren, man muß auch töten. Da heißt es, dem Herrgott ins Geſicht ſchauen und die Verantwortung dafür übernehmen ſein Leben lang. Die nimmt einem kein Befehlshaber ab. Auch der Höchſte nicht. Keiner.

Wundert euch darum nicht, daß wir ſo ſtill ſind. Kommt heraus zu uns [illegible] Geſellen; und ihr werdet begreifen, daß wir die deutſche Erde heißer lieben als ihr. Weil wir ihr ſo viel ferner ſind. Weil wir ſtündlich darum ſterben müſſen. Weil wir erſt an der Fremde meſſen konnten, was deutſche Erde eigentlich iſt. Da werdet ihr begreifen, daß wir gegen unſere Feinde keine großen Worte gebrauchen, ſondern an den Helm greifen in Hochachtung. Und doch, wenn er kommt, dann zögern wir keinen Augenbli dann drücken wir los und ſchießen ihm in die breite Bruſt hinei Amen!

Aus Nah und Fern.

Mit Rückſicht auf die Kriegsgewinnſteuer. Die Sitzung de Aufſichtsrates der Citowerke A.-G., Köln-Klettenberg, beſchlo der auf den 4. Januar 1916 einzuberufenden Hauptverſammlun vorzuſchlagen, 7 Proz. Dividende zu verteilen und 18665 M zur Bildung einer Sonderrücklage für di Kriegsgewinnſteuer zu verwenden.

Ein objektives Urteil. Nach einer halbjährigen Unterſuchungshaft wurde, einer Meldung des „Berl. Tagebl.“ zufolge, i Rom eine Anzahl von Neutraliſten, die im Mai Kundgebungen gegen den Krieg veranſtaltet hatten, freigeſprochen. Das Urteil erkannte, wie Kundgebungen für den Krie geſtattet ſeien, ſo müßten auch ſolche gegen den Krieg geſtatte werden. — Das Urteil und ſeine Begründung machen der italieniſchen Rechtſprechung alle Ehre. Nur ſchade, daß die im Gerichtsſpruch ausgedrückte Erkenntnis ſo ſpät gekommen iſt und den Angeklagten die halbjährige Unterſuchungshaft nicht erſpart hat.

Betrüger. Die herzoglich braunſchweigiſche Kreisdirektio von Gandersheim gibt folgendes öffentlich bekannt:

„Die Mühlenbetriebe von Dröge und Sandvoß in Seeſe werden geſchloſſen, weil ihre Inhaber ſich als unzuverläſſig im Sinne des Geſetzes über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl gezeigt haben. Sie haben in gar nicht zu rechtfertigender Weiſe lediglich aus Gewinnſucht das von ihnen [illegible] liefernde Weizenſchrot mit Gips und Holzmehl verfälſcht. Ihr unwürdiges Verhalten wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.“

Das Verfahren der genannten Firmen enthält eine ſo gemeine Geſinnung, daß man wünſchen muß, die Schuldigen möchten nicht mit dieſer Verwaltungsmaßregel davonkommen.

„Billiger Speck.“ Der „Düſſeldorfer Generalanzeiger“ brachte in ſeiner Morgenausgabe vom 19. d. M. (Nr. 540) folgendes verlockende Inſerat:

Sterbefallh. w. Aufl. d. Haushalts einige Zentner ger. Hausſchl.

Schweineſpeck

abzugeben, jedoch nicht unter 25 Pfund, zu 1,10 Mk. per Pfd. Ernſtl. Angebote an Anton Göbſer, Frankfurt a. M., Niddaerſtraße 56 I.

Einigen ſpeckbedürftigen Leſern des Angebots war nun doch auffällig, daß Herr Anton Göbſer die einige Zentner Schweineſpeck nicht in ſeinem Wohnort Frankfurt a. M. ſelbſt abſetzen konnte, zumal er nur 1,10 Mk. für das Pfund wollte. Sie frugen deshalb erſt unter Einſendung des Inſerats bei unſerem Frankfurter Parteiblatt an, warum Herr Göbſer wohl ſeinen Speck in Düſſeldorf an den Mann bringen wollte. Die Antwort ließ nicht lange auf ſich warten; ſie lautete:

W. G.! Beſten Dank für Ihre Mitteilung! Die hieſige Polizei hat raſch zugegriffen und das verdächtige Geſchäft geſchloſſen, da der Mann über keinerlei Ware verfügte, ſondern nur in Papier und Vorſchüſſen ſchwamm. . . .

Es iſt anzunehmen, daß Herr Göbſer nicht nur in Düſſeldorf ſein Speckangebot machte und daß ſich auch welche fanden, die ihm in die Falle gingen. Da es auch nicht ausgeſchloſſen iſt, daß Herr Göbſer Nachahmer findet, ſo ſei die Schwindelgeſchichte auch hier erwähnt, um zur Vorſicht anzuraten.

Eine billige kräftige Mahlzeit. So manche Hausfrau zerbricht ſich jetzt den Kopf, wie ſie mit ihrem ſchmalen Wirtſchaftsgelde bei den teuren Lebensmittelpreiſen eine einigermaßen kräftige Koſt auf den Mittagstiſch ſetzen ſoll. Oeffentliche Anſtalten, die Pfleglinge zu beköſtigen haben, wiſſen ebenfalls nicht, wie ſie mit den ihnen zur Verfügung ſtehenden Verpflegungsſätzen zurechtkommen ſollen. Allen ſcheint das Inſerat nicht bekannt geworden zu ſein, das kürzlich im „Anzeiger für Berg-, Hütten-, Metall- und Maſchineninduſtrie“ erſchien und nachſtehenden Wortlaut hatte:

Leute-Verpflegung!

Für die auf Gütern, Induſtriebetrieben beſchäftigten Arbeiter offerieren wir eine neuartige geſ. geſch. **Miſchkoſt** von vorzüglichem Geſchmack, größter Haltbarkeit und Nährwert (20 % Eiweißgehalt). Sofort gebrauchsfertig! Eine ſtark ſättigende Mahlzeit koſtet ungefähr 15 Pfg. Vielfach an Behörden u. Kommunen auch zur Volksernährung bereits verkauft. Preis pro Ztr. 82 Mk., Probepakete 3 Mk. unter Nachn.

Deutſche Handelsgeſellſchaft, Berlin NW. 7,
Mittelſtr. 23.

Da haben wir das, was wir brauchen. Miſchkoſt iſt unſere Rettung, unſer Leib- und Seelentroſt. Was kümmern uns jetzt noch die hohen Fleiſch- und ſonſtigen Lebensmittelpreiſe, wenn wir für 15 Pfg. eine ſtark ſättigende Mahlzeit von vorzüglichem Geſchmack und größtem Nährwert erhalten können. Warum füllen die Zeitungen noch ihre Spalten mit langen Artikeln und quälen ſich unendlich viele Köpfe mit der Ernährungsfrage, wo hier das Problem doch ſo einfach gelöſt ſcheint. Greifen wir zur Miſchkoſt und uns allen iſt geholfen. Doch Scherz bei Seite, denn das Inſerat gibt auch noch zu ernſteren Betrachtungen Veranlaſſung. Was mag das für eine Koſt ſein, die ſelbſt in großen Maſſen bezogen nur 15 Pfg. für eine Mahlzeit koſtet. Man denke, eine Mahlzeit, beſtimmt für Arbeiter, die ſchwer ſchaffen müſſen, wie es in den Betrieben, an die ſich das Angebot richtet, doch ohne Zweifel der Fall iſt. Gibt es denn einen Unternehmer, der auch nur einem Arbeiter, den er zu beköſtigen hat, ein ſolches Futter anbietet. Wir glauben, es handelt ſich hier auch wieder um ein Unternehmen, das aus der Not der Zeit Kapital ſchlägt, in der Meinung, daß für einen Arbeiter auch das Schlechteſte noch gut genug iſt. Daß es eine ſogenannte „Leutekoſt“ vielfach gibt, iſt uns nicht unbekannt, aber die „Miſchkoſt“ dürfte doch wohl allen anderen dieſer „kräftigen“ Mahlzeiten den Rang ablaufen.

Ungewöhnliche Kälte am Balkan. Das bulgariſche Zentralmeteorologiſche Bureau teilt mit, daß die Kälte am 30. November früh in Sofia 25 Grad, in Küſtendil 22 und in Plewna 20 Grad Celſius erreichte. Seit dem Jahre 1881, ſeitdem Bulgarien meteorologiſche Beobachtungen gemacht hat, betrug die niedrigſte Temperatur in Sofia 17 Grad unter Null.

Dreißig Perſonen durch eine Pulverexploſion getötet. Reuter meldet: In der Pulverfabrik Welmington (Delaware) fand eine Exploſion ſtatt, wobei 30 Perſonen getötet wurden.

Verluſtliſten.

Erſchienen ſind:

Verluſtliſte Nr. 16 der Kaiſerl. Schutztruppen.

Preußiſche Verluſtliſte Nr. 393.

Württembergiſche Verluſtliſte Nr. 311.

Die Verluſtliſten ſind während der Geſchäftsſtunden wochentags von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends in unſerer Expedition, Johannisſtraße 46, einzuſehen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.